

Aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 24. März 2009

(Neu) Haushaltssatzung 2009 der Stadt Korntal-Münchingen
Mittelfristige Finanzplanung 2008 – 2012 der Stadt Korntal-Münchingen
Wirtschaftsplan 2009 der Stadtwerke Korntal-Münchingen
Mittelfristige Finanzplanung 2008 – 2012 der Stadtwerke Korntal-Münchingen

Verabschiedung und Stellungnahmen der Fraktionen

Einstimmig haben die Fraktionen in der vergangenen Sitzung des Gemeinderates den städtischen Haushalt für das Jahr 2009 verabschiedet. Der schwierigen Haushaltssituation und den Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der bestehenden globalen Finanzkrise hat der Gemeinderat Rechnung getragen, in dem Bürgermeister Dr. Joachim Wolf bevollmächtigt wurde, bei Bedarf im Rahmen seiner Bewirtschaftungsbefugnis eine haushaltswirtschaftliche Sperre bis zu einem Höchstbetrag von 50.000 Euro je Haushaltsstelle zu erlassen.

Vor der einmütigen Beschlussfassung nutzten die Fraktionen die Gelegenheit, in ihren Stellungnahmen zum Haushalt 2009 diesen politisch zu bewerten.

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushalt 2009



Das Königsrecht des Gemeinderates ist die Aufstellung und Verabschiedung des kommunalen Haushaltes. Das Wort König suggeriert etwas Schönes, etwas Tolles, etwas Erstrebenswertes. Ob die Aufstellung des diesjährigen Haushaltes eine schöne, eine tolle, eine erstrebenswerte Aufgabe war möchte ich fast bezweifeln. Sie war auf jeden Fall mehr Pflicht als Kür. Schuld an dieser **noch nie da gewesenen Unsicherheit und Ungewissheit** war nicht schlechtes Zahlenmaterial, das von der Kämmerei geliefert wurde, sondern die Rahmenbedingungen, denen wir derzeit ausgesetzt sind. Zum einen wird seit Herbst letzten Jahres von der Bankenkrise geredet, die sich, glaubt man den Pessimisten, leicht zu einer weltweiten Depression ausweiten könnte. Dies hätte sicher auch auf unsere Stadt Einfluss in Form zurückgehender Gewerbe- und Einkommenssteuer. Zum anderen waren die **Konjunkturprogramme von Bund und Land**, die eben einer Konjunkturkrise entgegen wirken sollen, noch sehr ungenau definiert, um für unsere Stadt richtige Entscheidungen treffen zu können. Die Eckdaten für diese Förderprogramme liegen nun wohl vor, und man sieht wo der Teufel im Detail steckt. Es werden nur Maßnahmen bezuschusst, die nicht im Haushalt finanziert sind. Bei zurückgehenden Steuereinnahmen ist es aber schon schwierig, die im Haushalt finanzierten Projekte zu bewerkstelligen, zusätzliche Ausgaben können von den Kommunen nicht gestemmt werden. Es wird deshalb zu einer Konkurrenzsituation zwischen den einzelnen Projekten kommen und langfristig geplante Projekte könnten aufgrund ihres Planungsstandes im Haushalt durch andere noch nicht so weit entwickelte Projekte verdrängt werden. Ein weiterer Knackpunkt ist die sehr kurze Einreichungsfrist der Förderanträge. Am 20. April ist Einreichungsschluss, an dem sämtliche Unterlagen vorliegen müssen und zudem die Projekte von den kommunalen Gremien genehmigt sein müssen. Positiv ist aber auf jeden Fall die Bedingung, an die die Förderungen geknüpft sind. Es sollen Sanierungsmaßnahmen von Schulen und Kindergär-

ten gefördert werden. Dies ist nicht nur aus umweltpolitischer Sicht sinnvoll, sondern wirkt sich auch auf zukünftige Verwaltungshaushalte durch Einsparungen im Energieverbrauch aus. Leider können wir nicht alle noch anstehenden Sanierungsmaßnahmen an den Schulen und Kindergärten durchführen, da dafür die Mittel nicht ausreichen. Deshalb wird der Gemeinderat in einer Sondersitzung über die Prioritäten entscheiden müssen.

In absoluten Zahlen gesehen ist der **diesjährige Haushalt** im Vergleich zu seinem Vorgänger **weiter gewachsen**. Das Gesamtvolumen liegt bei 51,5 Mio. € und ist somit ca. 4 Mio. € über dem Vorjahr. Verwaltungs- und Vermögenshaushalt werden somit um ca. 8 bzw. 11 % anwachsen. Im Rückblick auf die letzten 10 Jahre ist der Verwaltungshaushalt um über 30% gestiegen. In derselben Zeit stieg die Einwohnerzahl um ca. 1000 Personen also um 6% in der Gesamtstadt.

Diese Zahlen machen deutlich, dass trotz eines nur geringfügigen Wachstums der Einwohnerzahl um jährlich nur 0,6 % nicht nur die Aufgaben wachsen, sondern auch die Ausgaben, und diese sogar überproportional. Ein Blick in die Zukunft des Verwaltungshaushaltes ist an dieser Stelle erlaubt. Ein weiteres Wachstumspotential wird die zukünftige ausgeweitete **Kinderbetreuung** sein, die aber politisch so gewollt ist. Die Gewerbesteuereinnahmen, die sich in den letzten 3-4 Jahren überaus positiv entwickelt haben, müssten eigentlich, glaubt man den düsteren Wirtschaftsaussichten und beobachtet so manche Stadt in unmittelbarer Umgebung zu Korntal-Münchingen, deutlich einbrechen. Derzeit ist ein Rückgang der **Gewerbesteuer** bei einigen Betrieben zu verzeichnen, bei anderen ist gar ein deutlicher Anstieg in Form von Nachveranlagungen festzustellen. Per Saldo wird es, Stand heute, einen Rückgang des Steueraufkommens geben. Der Rückgang wird aber bei vorausschauender Ausgabenpolitik verkräftbar sein. Ein Grund für diese Einnahmenstabilität bei der Gewerbesteuer ist wohl die große Anzahl und die Vielseitigkeit der Betriebe, die nicht von der derzeit krisengeschüttelten Automobilindustrie abhängig sind. Die **Einkommenssteuer**, die stabilste Steuereinnahme unserer Stadt in den letzten Jahren, wird wohl die anvisierte Höhe von über 10 Mio. € nicht erreichen, da sich zumindest die Kurzarbeitswelle der Autoindustrie in der Region bemerkbar machen wird. Dennoch gehen wir von einem ähnlich guten Ergebnis wie letztes Jahr aus.

Die **Grundsteuer** bleibt auch 2009 auf dem seitherigen Niveau von 2,7 Mio. €. Eine Erhöhung dieser Steuer würde alle Bürger unserer Stadt, unabhängig ihrer wirtschaftlichen Belastbarkeit, treffen.

Grundstücksverkäufe sind neben der Entnahme aus den Rücklagen eine weitere Einnahmequelle des Vermögenshaushaltes. Mit 3,5 Mio. € ist sie gleich hoch wie in den letzten Jahren. Nach wie vor muss ich feststellen, dass diese Quelle endlich ist. Beim Verkauf von Gewerbegrundstücken muss deshalb weiterhin darauf geachtet werden, dass nach dem Verkauf noch Geld in Form von Gewerbesteuer an die Stadt fließt. Wir von der CDU-Fraktion tun uns deshalb schwer, Gewerbegrundstücke an flächenintensive Betriebe zu veräußern. Die Ansiedlung einer Spedition im Gebiet Lingwiesen ist deshalb innerhalb der Fraktion sehr umstritten. Wichtig für weitere Ansiedlungen von Gewerbebetrieben ist die bereits oben erwähnte geringe Krisenanfälligkeit, um eine stabile Gewerbesteuer für die Stadt zu gewährleisten.

Im Verwaltungshaushalt ist der größte Ausgabenbrocken die **Personalausgaben**. Die Tendenz ist hierbei weiter steigend durch die schon erwähnte zukünftig erweiter-

te Kinderbetreuung. Nach wie vor gilt die 3-monatige Wiederbesetzungssperre, mit einer gewissen Ausnahmeregelung. Die Umsetzung wird von der Verwaltung verantwortungsvoll betrieben. Eine globale Minderausgabe bei den Personalausgaben ist 2009 nicht vorgesehen. Mittelfristig ist eine Senkung der Personalausgaben im Bereich der Kernverwaltung nur in sehr geringem Umfang, wenn überhaupt, eventuell durch Umstrukturierung im Zuge altersbedingter Fluktuation, möglich.

Für den **Unterhalt von Grundstücken und baulichen Anlagen** werden dieses Jahr ca. 3,7 Mio. € im Verwaltungshaushalt bereit gestellt. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2007, in dem nur 1,7 Mio. € abgerechnet wurden, ist dies ein gewaltiger Anstieg. Diese höhere Bereitstellung von Mitteln ist aber unbedingt notwendig und wurde von uns schon lange nachhaltig gefordert. Der Unterhalt ist gleichzusetzen mit dem Erhalt von Gebäuden und Straßen und wurde in der Vergangenheit immer zu Gunsten der Haushaltslage vernachlässigt. Ob dies 2009 nicht auch so geschehen wird, ist derzeit noch nicht absehbar. Dies wird sich erst bis zum Sommer zeigen, wenn die tatsächlichen Steuereinnahmen fassbarer sind.

Die diesjährig geplante **Zuführungsrate** vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt ist mit 500 000.-€ hoch angesetzt. Sie dient deshalb auch als stille Reserve für weitere Rückgänge bei der Gewerbesteuer und für Unvorhergesehenes.

Bei der Haushaltsstelle „Allgemeine Verwaltung – **Wahlen**“ sind dieses Jahr satte 80.000.- € abzüglich 19 000.- € Bundeszuschuss für die Durchführung der sechs Wahlen, die wir dieses Jahr in Korntal-Münchingen haben, veranschlagt. Dies sind zuerst Jugendgemeinderat, dann die Kommunalwahl mit Europa-, Kreis-, Regionalwahl und zum Schluss noch die Bundestagswahl. Soviel oder sowenig kostet Demokratie.

Im Bereich Umweltschutz wird das Projekt „**Grüne Spange**“ mit einer Rate von 7.000.- € vollends auf den Weg gebracht. Man darf gespannt sein wie dieses Projekt von der Bevölkerung angenommen wird. Hoffentlich wird es nicht so ignoriert wie das Betretungsverbot des Weges am westlichen Seewaldrand, der auch zur „Grünen Spange“ gehört. Er wurde gesperrt, um eine gleichmäßige Begrünung dieses Weges zu ermöglichen. Leider interessiert dies aber weder Fußgänger, Radfahrer noch Reiter.

Für die **Feuerwehr** wurde 2008 ein Zuschussantrag für die Ersatzbeschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges gestellt. Es soll das dienstälteste Fahrzeug innerhalb der Wehr ersetzen. Ob dieses Fahrzeug aus finanzieller Sicht aber ersetzt werden kann ist derzeit noch fraglich. Dies muss zur gegebenen Zeit auch vom technischen Zustand des zu ersetzenden Fahrzeuges abhängig gemacht werden. Erweiterungsabsichten am Feuerwehrhaus Münchingen wurden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen, eine Umsetzung ist aber noch nicht terminiert. Bei den Wünschen bzw. den Anforderungen zur Verbesserung der persönlichen Ausrüstung kommt der Gemeinderat dem Anliegen der Feuerwehr korrekter Weise voll nach.

Der Bereich **Schulen** hat uns in der Vergangenheit stark beschäftigt, auch in finanzieller Hinsicht. Die Strohgäuschule klagt seit einiger Zeit über Platzprobleme. Eine Erweiterung wäre somit erforderlich was derzeit auch an oberster Priorität im Bereich Schulneubau steht. Bevor aber ein Baubeschluss für eine Erweiterung gefasst werden kann, müssen sich Verwaltung und Gemeinderat über die zukünftige Schulstruk-

tur in unserer Stadt im Klaren sein. Die Rahmenbedingungen des Kultusministeriums haben sich dahingehend geändert, dass die Hauptschule zukünftig aufgewertet werden soll. Es ist deshalb zu hinterfragen, ob und welche Auswirkungen dies auf Bestand und Struktur unserer Hauptschulen und eventuell auch auf die Strohgäuschule haben könnte. Gleichzeitig muss sich der Gemeinderat im Klaren werden, ob es zukünftig in Korntal-Münchingen einen weiteren Schultyp, eine E-Realschule, geben soll und wo eine solche gegebenenfalls installiert werden kann.

Die Sanierung der Teichwiesenschule ist derzeit in vollem Gange. Die schon längst anstehende Sanierung des Gymnasiums kann derzeit nur in der mittelfristigen Finanzplanung dargestellt werden. Eine Rate mit 190 000.- € ist im diesjährigen Haushalt zwar ausgewiesen, der Betrag reicht aber allenfalls für die Planung der auf fünf Mio. € geschätzten Sanierungsmaßnahmen.

Knapp zwei Mio. € kostet die Nachrüstung von **Brandschutzmaßnahmen an allen Schulen**. Dies ist ein gewaltiger Brocken. Nachdem in der Vergangenheit immer wieder Fachingenieure und auch das Landratsamt an unseren Schulen zu Gange waren, sind wir davon ausgegangen, dass unsere Schulen in Ordnung sind. Dies war wohl ein Trugschluss.

Der **Ganztageseschulbetrieb** ist in allen Schulen, bis auf die Teichwiesenschule, angelaufen, wohl aber mit unterschiedlicher Resonanz. Während bei der Realschule das Angebot gut angenommen wird, ist die Nachfrage an der Flattichschule eher verhalten. Dies ist mit Sicherheit zum größten Teil auf die unterschiedlichen Konzeptionen der Schulen bei der Umsetzung des Ganztageseschulbetriebs zurückzuführen. Die Essensausgaben an den Schulen werden seit letztem Jahr durch eine hauptamtliche Hauswirtschafterin mit Unterstützung durch die Eltern durchgeführt. Diese Lösung war zwar von Anfang an nicht vorgesehen, ist aber nun ein guter Kompromiss. Wir möchten uns auf diesem Weg bei allen Eltern, die eine Mithilfe ermöglichen können, für ihre Mitwirkungsbereitschaft bedanken.

Wie schon vorher angesprochen wächst in Korntal-Münchingen neben dem Bedarf auch das Angebot an **Kinderbetreuungseinrichtungen**. In Korntal kann nach Fertigstellung des Realschulanbaus die Kernzeitbetreuung in dieses Gebäude verlagert werden und es wird im Kindergarten Goerdelerstraße Platz frei für ein erweitertes Kinderbetreuungsangebot. In Münchingen wird nach Fertigstellung der Kinderbetreuungseinrichtung Eisenbahnstraße im Sommer eine erweiterte Betreuung möglich sein. Aus heutiger Sicht reicht dieses Angebot gegenüber der Nachfrage nicht aus. Deshalb werden wir uns in nächster Zeit Gedanken machen müssen wie wir dieses Defizit decken können. Neben Neubauten wäre die Umnutzung von bestehenden Gebäuden mit allen Nachteilen, die so eine Umnutzung hat, so z.B. fehlende Außenflächen, möglich. Aber auch Tagesmütter sind unserer Ansicht nach eine Möglichkeit, diesen Fehlbedarf zu decken. Gerade bei der derzeitigen Diskussion um die Gestaltung und Anpassung der Elternbeiträge für das zukünftige Betreuungsangebot, wurde von der Elternschaft eine Flexibilisierung des Angebots gefordert, um die Kinderbetreuung auch bezahlbar zu machen. Über die Kindergartengebührenordnung müssen wir uns in den nächsten Wochen noch reichlich Gedanken machen. Nachdem die Wohlfahrtsverbände letzte Woche zum ersten Mal Richtsätze für die Kleinkinderbetreuung bzw. den Kinderhort verabschiedet haben, werden wir anhand dieser Vorschläge unsere städtische Gebührenordnung ausrichten. In wie weit die Gebühren gegenüber dem zuletzt diskutierten Vorschlag der Verwaltung gesenkt werden kön-

nen, bleibt abzuwarten. Für uns gilt aber der Grundsatz, dass Familien, die ihre Kinder zu Hause betreuen wollen, keinen finanziellen Nachteil gegenüber Familien haben sollten, die ihre Kinder in eine kommunale Einrichtung geben. Bei der Kostendeckung unserer Kinderbetreuungseinrichtungen wird ein Deckungsgrad von mindestens 15 % angestrebt.

Durch den demographischen Wandel unserer Gesellschaft wird es auch in unserer Stadt immer mehr ältere Menschen geben. Wir haben in unserer Stadt drei **Altenbetreuungseinrichtungen**, die von den Kirchen getragen werden und die hervorragende Arbeit in der Altenbetreuung leisten. Auch außerhalb der Altenbetreuungseinrichtungen wird von den Kirchen und auch von entsprechenden Vereinen gute Altenarbeit geleistet. In Zukunft wird sich auch die Stadt vermehrt diesem Thema widmen müssen.

Eine attraktive Stadt hat natürlich nicht nur im sozialen Bereich gute Angebote zu bieten, sondern gibt auch etwas fürs Auge her. In Korntal ist dies im Moment nicht der Fall. Das ehemalige Fasswimmergelände am Bahnhof sieht nicht sehr einladend aus. Die größten Schwierigkeiten sind: zum einen will man hier, aus städtebaulicher Sicht, ein oder mehrere attraktive Gebäude und zum anderen will man hier keine Nutzung, die dem innerstädtischen Einzelhandel abträglich ist. Diese Problemstellung ist dabei eng mit dem Erhalt des Einzelhandels bzw. der Weiterentwicklung des selbigen verbunden. Schon lange wird für **Korntal** die **Stadtmitte** entwickelt und überplant ohne einen sichtbaren Erfolg. Der Verwirklichung der neuesten Überlegungen über ein neu zu bauendes Ladengeschäft sehen wir skeptisch entgegen. Die Verwirklichung wird ein großes Engagement der Stadt in finanzieller Hinsicht bedeuten. Das Geld ist aber derzeit nicht vorhanden. Ebenfalls nicht vorhanden ist das Geld für eine neue **Sporthalle**, die man sich in **Münchingen** wünscht. Die zukünftig vorgesehene Bebauung für das Albert-Buddenberg-Areal ist seit dem letzten Jahr mittels Wettbewerb entschieden worden, aber auch hier wird die Verwirklichung nicht ganz so schnell vonstatten gehen wie es wünschenswert ist. Grund dafür sind, realistisch betrachtet, die in den nächsten Jahren auch in Korntal-Münchingen zurückgehenden Steuereinnahmen, sei es im Bereich der Gewerbe- wie auch bei der Einkommenssteuer.

Zur Verschönerung unserer Stadt haben wir auch in allen drei Stadtteilen je ein **Sanierungsprogramm** aufgestellt. Leider fehlen auch hier finanzielle Mittel um wenigstens die beiden Sanierungsgebiete in Korntal und Münchingen zum großen Erfolg zu führen. Im Sanierungsgebiet Kallenberg sieht es etwas anders aus. Im Moment entsteht im Kallenberg ein neuer Gewerbebetrieb wo noch vor einem Jahr ein Schandfleck in unserer Stadt war. Durch eine geschickte Transaktion konnte zudem noch das Rühleareal, das schon fast 20 Jahre die Gemüter in unserer Stadt bewegt, umgenutzt werden. Zumindest sind die Erfolgsaussichten für eine Verwertung des Grundstückes äußerst günstig.

In Münchingen wird ja in Kürze endlich ein Lidlmarkt eingeweiht. Ein wohl für Münchingen, aus Sicht der Bevölkerung zur Versorgungssicherheit, wichtiges Ereignis. Aber auch in Münchingen bleibt wie in Korntal die Frage derzeit noch offen, wo kann in der Ortsmitte ein zusätzlicher Einzelhandelsmarkt entstehen. Es gibt zwar ein bis zwei mögliche Standorte, bei beiden ist aber die etwas zu knappe Fläche das Problem. Außer Frage steht bei beiden Ortsteilen, dass es mindestens je zwei **Lebens-**

mitteleinzelhandelsmärkte in den jeweiligen Ortsteilen geben muss. Kallenberg ist mit seinem Handelshof am besten von allen Ortsteilen versorgt.

Im Bereich **Straßenbau** sind neben der Hauptstraße, die im Zuge der Umgestaltung der Ortsdurchfahrt Münchingen durchgeführt wird, noch die Hofstattstraße die wohl schlimmste Straße bezüglich ihres Bauzustandes, und zwei Wege rund um den Spitalhof, die schon lange auf der Wunschliste stehen, zum Ausbau vorgesehen. Ab 2010 ist die Charlottenstraße im Ortsteil Korntal zur Sanierung vorgesehen. Weitere Straßen müssen in der mittelfristigen Finanzplanung folgen, auf Grund ihres zum Teil schlechten Belages.

Quo vadis **Strohgäubahn** – wohin fährst du. Diese Frage ist wohl die spannendste am heutigen Abend. Da dieses Thema zu einem späteren Zeitpunkt des heutigen Abends ausgehend diskutiert wird, möchte ich es bei einer kurzen Anmerkung zu einem Presseartikel vom letzten Freitag in der Strohgäu-aktuell bewenden lassen. In diesem Artikel wurde von den Bürgermeistern der Anliegerkommunen Schwieberdingen, Hemmingen und Ditzingen-Heimerdingen die Verantwortung und Solidarität Korntal-Münchingens bezüglich dem Fortbestand der Strohgäubahn eingefordert. Diese Solidarität hätte ich mir in der Vergangenheit von diesen Kommunen auch gewünscht, als Korntal-Münchingen sich schon Anfang der 80er Jahre für den eigenwirtschaftlichen Fortbestand der Strohgäubahn stark gemacht hat und dafür die dazu gehörigen Beschlüsse gefasst hat. Wir wurden damals von entsprechender Seite nur belächelt. Ohne diese Beschlüsse würde es aber die Strohgäubahn heute nicht mehr geben.

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Der Haushaltsplan 2009 der Stadt Korntal-Münchingen steht nach heutiger Erkenntnis auf soliden Beinen. Derzeit kann noch niemand eine gesicherte Aussage zu den tatsächlichen Steuereinnahmen für dieses Jahr machen. Eine vorsichtige bzw. eine vorausschauende Bewirtschaftung des Haushaltes ist in diesem Jahr deshalb von besonderer Wichtigkeit. Herr Dr. Wolf, Sie haben bei der Einbringung des Haushaltes schon angedeutet, dass man dieses Jahr den Haushalt auf Sicht fahren will. Ich hoffe nun, dass der Nebel im Herbst nicht so schnell kommt und so dicht wird, dass wir einen drohenden Abgrund jederzeit rechtzeitig erkennen können.

Im Namen der CDU-Fraktion darf ich mich bei Ihnen Herr Bürgermeister Dr. Wolf und Ihrer Stadtverwaltung, insbesondere aber bei der Kämmerei unter Leitung von Herrn Gerlach und bei Ihnen sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates für die konstruktiven Beratungen des Haushaltsplanes 2009 bedanken.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2009 mit dem angeschlossenen Stellenplan zu.

Die Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2008 bis 2012 zum Haushaltsplan wird zur Kenntnis genommen.

Dem Entwurf des Wirtschaftsplans 2009 der Stadtwerke Korntal-Münchingen wird zugestimmt.

Die Finanzplanung 2008 bis 2012 der Stadtwerke Korntal-Münchingen wird zur Kenntnis genommen.

Für die Fraktion der CDU
Martin Hönes
Fraktionsvorsitzender

Stellungnahme der Fraktion der SPD zum Haushalt 2009



Kontinuität und Konzentration - an diesen Leitworten müssen wir uns orientieren

Voltaire wird die Äußerung zugeschrieben: „Die Arbeit hält drei große Übel fern: Die Langeweile, das Laster und die Not“. Diese Annahme trifft für den Bereich der Kommunalpolitik jedenfalls unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nur begrenzt zu; die durch die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung ausgelösten finanziellen Probleme lassen sich selbst durch enorme Anstrengungen sowie engagierte und harte Arbeit leider nicht lösen. Ich will Ihre und meine Zeit nicht damit vergeuden, berufene und selbst ernannte Experten zu zitieren, die sich mehr oder weniger sachkundig zu den Auswirkungen und Konsequenzen der **Wirtschaftskrise** sowie zu der weiteren Entwicklung - insbesondere nach der Verabschiedung des Konjunkturpakets II - geäußert haben. Hier bewegen wir uns ersichtlich im Bereich der Mutmaßungen und Spekulationen, da naturgemäß belastbare Erkenntnisse nicht vorliegen und auch nicht vorliegen können. Karl Valentin hat unsere Situation zutreffend mit den Worten beschrieben: „Prognosen sind ein ganz schwieriges Geschäft, vor allem dann, wenn sie sich auf die Zukunft beziehen“.

Verantwortungsvolle Entscheidungen können nicht auf der Basis von Vermutungen und Erwartungen getroffen werden, sondern müssen auf einer objektiven Tatsachengrundlage beruhen; Spekulationen und Mutmaßungen erweisen sich grundsätzlich als wenig hilfreich.

Wir können aber als Tatsache festhalten, dass wir auch dieses Jahr wieder einen Haushalt verabschieden werden, der den gesetzlichen Anforderungen formal entspricht. Fakt ist auch, dass auf Grund der außerordentlich unklaren konjunkturellen Entwicklung eine hinreichend verlässliche und durchschaubare Finanzierungsbasis zur Erfüllung unserer Aufgaben fehlt.

Der Dichter Georg Christoph Lichtenberg hat die Situation plakativ mit den Worten charakterisiert: „Ich kann nicht sagen, ob es besser wird, wenn es anders wird; aber soviel kann ich sagen, es muss anders werden, wenn es gut werden soll“.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlangt von uns eine Besinnung auf das Mögliche. Die den Kommunen obliegenden Aufgaben haben sich erheblich erweitert. Damit stellt sich schärfer als zuvor die Notwendigkeit, der an die Kommune gerichteten Leistungserwartung auch das notwendige Verantwortungsbewusstsein für die Leistungsfähigkeit unserer Stadt wieder an die Seite zu stellen.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlangt von uns eine Besinnung auf das Mögliche.

Die den Kommunen obliegenden Aufgaben haben sich erheblich erweitert. Damit stellt sich schärfer als zuvor die Notwendigkeit, der an die Kommune gerichteten Leistungserwartung auch das notwendige Verantwortungsbewusstsein für die Leistungsfähigkeit unserer Stadt wieder an die Seite zu stellen.

Wir müssen uns in Realismus und Nüchternheit auf das Wesentliche konzentrieren, auf das, was jetzt notwendig ist, und anderes beiseite lassen. Wir können keine Wunder vollbringen und sind gezwungen, unsere Kräfte auf das heute Wesentliche, auf das heute Mögliche konzentrieren, das wir mit aller Kraft verwirklichen müssen. Kontinuität und Konzentration - an diesen Leitworten werden wir, die SPD-Fraktion, uns konsequent weiterhin orientieren.

Die aktuelle Haushaltslage gibt Anlass zu tiefgreifender Besorgnis. Das Finanzproblem liegt nicht darin, dass unser Haushalt gegenwärtig eine Deckungslücke aufweist, sondern dass immer höheren laufenden Ausgaben Einnahmen gegenüberstehen, die - und dies stellt den Kern der Problematik dar - von uns nicht nachhaltig und dauerhaft beeinflussbar sind, und nun wegzubrechen drohen.

Steuererhöhungen halten wir für einen verhängnisvollen **Irrweg** und werden uns auch künftig nachdrücklich gegen in diese Richtung zielende Bestrebungen aussprechen. Dieser Lösungsansatz kuriert regelmäßig nur an den Symptomen, ohne die grundsätzlich fortbestehende Problematik anzugehen, die sich unverändert auch in den folgenden Jahren stellen wird. Wenn ein Zug auf der falschen Strecke fährt, lässt sich dieser Fehler nicht durch erhöhte Geschwindigkeit ausgleichen.

Bund und Land haben den Kommunen in den vergangenen Jahren immer wieder Aufgaben zugewiesen, ohne sich um die Finanzierbarkeit zu kümmern; dies wird mit einiger Sicherheit auch in Zukunft der Fall sein. Der Ruf nach der strikten Anwendung des **Konnexitätsprinzips** ist zwar berechtigt, wird jedoch - wie immer - ungehört verhallen.

Wir werden die **Anpassung von Gebühren** künftig nicht vermeiden können, da wir gesetzlich verpflichtet sind, einen angemessenen Kostendeckungsgrad zu erreichen. Mehrbelastungen müssen jedoch gerecht, nachvollziehbar und sozial ausgewogen erfolgen.

Als zielführender Lösungsansatz kommt im Ergebnis nur ein konsequenter und nachhaltiger **Sparkurs** in Betracht. Dies heißt, dass alle Ausgaben auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen sind; es muss gründlich hinterfragt werden, ob Anschaffungen erforderlich und Ausgaben unvermeidbar sind. Ein unbedingter Sparwillen ist die Grundvoraussetzung, um die notwendigen Freiräume für die Finanzierung wichtiger kommunaler Aufgaben zu bewahren; der Haushalt darf nicht durch Zahlungen für Pflichtaufgaben aufgeessen werden. Es wäre das Ende jeder Kommunalpolitik, wenn unsere Selbstverwaltung nur noch darin besteht, staatlich auferlegte Pflichtaufgaben zu erfüllen und Umlagen für den Kreis und das Land zu bezahlen. Der Kabarettist Dieter Hildebrandt hat die Situation treffend mit den Worten beschrieben: „Politik ist der Spielraum, den die Wirtschaft lässt“; diesen Spielraum müssen wir uns schaffen und bewahren.

Die nur begrenzt zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel müssen verantwortungsvoll und mit einem Höchstmaß an Effizienz eingesetzt werden. Da die Spielräume außerordentlich eng sind, müssen zwingend Schwerpunkte gebildet und **Prioritäten** gesetzt werden. Eine zeitliche Staffelung und Streckung der Vorhaben ist unverzichtbar; vorangehen muss zwingend eine umfassende Abwägung durch den Gemeinderat als das politisch maßgebliche Gremium. Wir werden die Leitplanken auf der Zeitschiene verschieben müssen, um der wirtschaftlichen Entwicklung in angemessener Form Rechnung zu tragen. Eine **Konzentration auf das absolut Notwendige** wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei realistischer Bewertung kaum zu vermeiden sein.

Wir müssen im Übrigen durch eine konsequente Budgetierung der Eckwerte versteckte Finanzpuffer eliminieren und den zur Verfügung stehenden Rahmen mittelfristig vorgeben. Wir sind gezwungen, sämtliche **freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand** zu stellen. In diesem Zusammenhang gilt es, Kosten, Nutzen und Konsequenzen umfassend abzuwägen und dann verantwortungsvoll zu entscheiden.

Es gilt schließlich ernsthaft zu untersuchen, welche - im Wege der Delegation übernommene - Aufgaben unsere Kommune künftig behalten will und kann, welche Gestaltungsmöglichkeiten sie abgeben kann und darf.

Schließlich muss geprüft werden, ob strukturelle Änderungen vorgenommen werden können, die zu einer Optimierung der Kosten - etwa über Synergieeffekte - beitragen. Einen wesentlichen Faktor bilden in diesem Zusammenhang die **Personalkosten**, die mit gegenwärtig mehr als neun Millionen Euro einen maßgeblichen Teil des Verwaltungshaushalts bilden. Wir müssen über eine zielgenaue Personalentwicklung, Flexibilisierungsmaßnahmen und die intensiviertere Anwendung von Steuerungsinstrumenten mittelfristig die Entwicklung dieser Kosten - ohne Kündigungen - wieder in den Griff bekommen.

Eine funktionierende Verwaltung muss sich heute als modernes Dienstleistungsunternehmen präsentieren und über die entsprechenden Instrumentarien verfügen, die als zentraler Faktor maßgeblich dazu beitragen sollen, die hohen Standards in unserer Stadt zu bewahren. Wir brauchen hierzu motivierte und engagierte Mitarbeiter; diese müssen wir durch entsprechende Anreize fördern und fördern.

Eine **Ausweitung des Leistungsangebots** über das gesetzlich vorgesehene Mindestmaß hinaus erscheint aus unserer Sicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt **nicht vertretbar**; es besteht ansonsten die Gefahr, dass wir dauerhaft über unsere Verhältnisse leben.

Selbst Krisen haben ihr Gutes. Sie legen längst vorhandene Probleme frei, zwingen zum Wandel oder zum Umdenken und wirken mitunter als Korrektiv. Wir müssen Chancen verdeutlichen, statt Ängste zu bedienen, Probleme überwinden, statt an den Symptomen kurieren. Aus einem verzagten Rathaus kommen - um ein Zitat von Martin Luther situationsbezogen abzuwandeln - nicht die erforderlichen positiven Impulse.

Die wirtschaftlichen, technischen, politischen und gesellschaftlichen Grundlagen des Zusammenlebens sind einem ständigen Wandel unterworfen. Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität sind leider nicht mehr selbstverständliche und unangefochtene Orientierungswerte; eine Rückbesinnung auf diese unverzichtbaren Elemente eines guten und konstruktiven Miteinanders erscheint aus unserer Sicht erforderlich.

Wir brauchen den Willen, die Zukunft zu gestalten; nur dann können wir die **Situation auch als Chance begreifen** und positive Akzente setzen. In diesem Zusammenhang müssen wir das Profil unserer Stadt herausarbeiten und schärfen, Entwicklungsmöglichkeiten analysieren und diskutieren sowie Zielvorgaben erarbeiten, um eine grundsätzliche Orientierung für unsere in Zukunft anstehenden Entscheidungen zu ermöglichen.

Verwaltung und Gemeinderat werden sich - insbesondere vor dem Hintergrund sich rasch verändernder wirtschaftlicher Rahmenbedingungen - nach unserer Auffassung künftig unter anderem auf das Ziel zu konzentrieren haben, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und Identität zwischen der Stadt Korntal-Münchingen und ihren Bürgerinnen und Bürgern zu stiften.

Wir müssen uns wieder bewusst machen, dass unsere Gemeinde ein sozialer Organismus ist, der umso besser funktioniert, je mehr sich die Bürger mit ihm identifizieren und für ihn engagieren. Mehr Kooperation, die Bündelung von Kräften und weniger Egoismus sind die Schlüssel für die Zukunft. Unsere Stadt profitiert vom wachsenden bürgerschaftlichen Engagement. Auch aus diesen Erwägungen müssen im Mittelpunkt unserer Politik die Menschen in unserer Stadt stehen.

Wir begrüßen es vor diesem Hintergrund, dass auf unsere Initiative und auf der Grundlage eines von uns gestellten Antrags aus dem Jahr 2007 die Gründung einer kommunalen **Bürgerstiftung Korntal-Münchingen** erfolgt ist.

Wir haben uns auch lange Jahre vehement dafür eingesetzt, die Arbeit unserer ehrenamtlich tätigen Bürger stärker in den Fokus zu nehmen, ihnen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und den Stellenwert ihrer Arbeit im Wege einer ideellen Anerkennung zu betonen. Ich darf unterstreichen, dass wir es positiv registriert haben und als Bestätigung unseres Kurses werten, dass die Verwaltung diesen Ansatz nun unter einer neuen Führung ebenfalls entdeckt und aufgegriffen hat. Wir dürfen aber nicht an den Wochenenden das **Ehrenamt** und die Vereine würdigen und unter der Woche die zwingend erforderliche Unterstützung verweigern. Unsere Vereine erfüllen unbestreitbar eine soziale Funktion und damit eine zentrale Aufgabe, die nur mit einer Vielzahl ehrenamtlich Tätiger geleistet werden kann; der kommunale Haushalt wird definitiv durch Eigeninitiativen und Leistungen in diesem Bereich entlastet. Auch unsere Vereine haben zunehmend mit wirtschaftlichen Probleme und wachsenden Ausgaben zu kämpfen; die Grenze der Belastbarkeit ist definitiv erreicht.

Die **Agendagruppen** in unserer Stadt verkörpern ein außerordentliches Potential, das wir nicht ungenutzt lassen dürfen; die Mitglieder bringen sich mit viel Kreativität und Engagement in die Diskussion zentraler Themenfelder ein. Sie haben einen Anspruch darauf, dass wir uns mit ihren Vorschlägen ernsthaft und umfassend inhaltlich auseinandersetzen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Ideen in einem angemessenen Rahmen zu präsentieren.

Auch Heranwachsende haben ein Recht auf Teilhabe am kommunalen Leben; wir haben diesem Anspruch durch die Einrichtung eines **Jugendgemeinderates** Rechnung getragen und dürfen auf die weitere Entwicklung gespannt sein.

Kinder bedeuten Zukunft, Hoffnung und Weiterentwicklung der Gesellschaft. Der hohe gesellschaftspolitische Stellenwert einer nachhaltigen und qualitativ gut ausgebauten **Kinderbetreuung** ist unstrittig. Hierzu benötigen wir bedarfsgerechte und flexible Angebote. Als zentrales Anliegen wird immer mehr in den Fokus rücken, die Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen in ihrer schulischen und sozialen Entwicklung zu fördern, die Eltern in ihren Erziehungsaufgaben zu unterstützen und zu qualifizieren und auf diese Art und Weise zur Chancengerechtigkeit beizutragen.

Der frühe Erwerb deutscher Sprachkenntnisse ist sowohl im Rahmen der Integration als auch für die persönliche Entwicklung eines Kindes regelmäßig eine entscheidende Grundlage und von maßgeblicher Bedeutung; Sprachförderbedarf weisen aktuell Kinder mit und ohne Migrationshintergrund auf. Wir benötigen - wie von uns beantragt - eine Bestandsaufnahme, um eine verlässliche Grundlage für die Bewertung der Situation zu erlangen und einen möglichen Handlungsbedarf erkennen und bewerten zu können.

Der Orientierungsplan für **frühkindliche Bildung und Erziehung** in Kinderbetreuungseinrichtungen soll den Bildungsstandort Kindergarten entwickeln und stärken. Wir halten es für geboten, diesen Umsetzungsprozess zu begleiten und zu fördern. Es erscheint nach unserer Auffassung veranlasst, im Rahmen einer Konferenz einen Informationsaustausch - und gegebenenfalls eine Abstimmung - zwischen den verantwortlichen Trägern herbeizuführen, um die Kräfte bündeln, ein koordiniertes Vorgehen

ermöglichen und Synergien nutzen zu können. Kein Kindergartenträger muss im Übrigen befürchten, dass erforderliche Sanierungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden.

Der Gesetzgeber hat mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz und dem Kinderförderungsgesetz die Grundlage für den **Ausbau der Kinderbetreuung** geschaffen; um die dort normierten Vorgaben erfüllen zu können, bedarf es enormer gemeinsamer Anstrengungen und einer Bündelung der Kräfte.

Ein zentrales Element eines bedarfsgerechten Betreuungsangebots vor Ort bildet die familiennahe Betreuungsform der Kindertagespflege; die Einbindung von Tagesmüttern in die Konzeption der Betreuung von Kleinkindern erscheint aus einer ganzen Reihe von Gründen unverzichtbar. Wir müssen frühzeitig die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen, um ein entsprechendes Betreuungsangebot zur Verfügung stellen und den wachsenden Bedarf decken zu können.

Wir genießen mit Recht den Ruf einer **Schulstadt**, der auch das Profil unserer Stadt in der öffentlichen Wahrnehmung prägt. Die hieraus resultierenden Anforderungen haben wir insbesondere unter Berücksichtigung des zur Verfügung stehenden finanziellen Spielraums stets erfüllt; wir werden diesem Anspruch aber auch künftig gerecht werden. Ich darf in diesem Zusammenhang an die noch nicht lange zurückliegenden, zum gegenwärtigen Zeitpunkt schon stattfindenden oder geplanten außerordentlich kostenintensiven Sanierungsmaßnahmen und Erweiterungsbauten an der Teichwiesenschule, der Realschule Korntal, der Flattichschule, dem Gymnasium Korntal und der Strohgäuschule erinnern; soweit die Projekte im Planungsstadium sind, werden wir sie - entsprechend den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen - sukzessive realisieren.

Da die Rechtsaufsichtsbehörde - ohne aktuelle Änderungen der juristischen Voraussetzungen - etwas überraschend festgestellt hat, dass an unseren Schulen weitere **Brandschutzmaßnahmen** durchgeführt werden müssen, sind wir verpflichtet, die nach einer gutachterlichen Prüfung zur Umsetzung dieser Anforderungen notwendigen baulichen Veränderungen vorzunehmen. Die kostenintensive Umsetzung belastet unseren Haushalt zwar mit unerwarteten Mehrausgaben erheblich. Gleichwohl haben wir keine Alternative; ein Risiko dürfen wir in diesem sensiblen Bereich nicht eingehen. Wir müssen uns zwingend an den gutachterlichen Feststellungen orientieren, die uns keinen Spielraum lassen.

Wir haben als Kommune die Verpflichtung, die erforderlichen Versorgungsstrukturen in allen vier Bereichen der **Altenhilfe** bedarfsgerecht weiter zu entwickeln, um die Lebensbedingungen für ältere Menschen in unserer Stadt nachhaltig zu verbessern; hierzu gehört unter anderem auch der Betrieb einer Tagespflege in allen Stadtteilen. Im Gebäude der Altenmietwohnanlage in Münchingen stehen geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung; da ein Bedarf am Betrieb einer Tagespflege in Münchingen zweifellos besteht, erscheint es aus unserer Sicht veranlasst, initiativ zu werden und potentiellen Betreibern diese Räumlichkeiten anzubieten, um dazu beizutragen, die Voraussetzungen für dieses Angebot auch in Münchingen zu schaffen.

Ältere oder in ihrer Mobilität im Zusammenhang mit körperlichen Einschränkungen beeinträchtigte Menschen haben einen Anspruch darauf, möglichst ungehindert am öffentlichen Leben teilhaben zu können; hierzu ist zunächst Voraussetzung, dass sich diese Mitbürger gefahrlos und sicher im öffentlichen Straßenraum bewegen können und ein barrierefreies Fortkommen gewährleistet wird. Da eine gefahrlose Benutzung

der Marktstraße insbesondere im Bereich des Stiegelplatzes zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum möglich ist, muss nach unserer Auffassung - auch aus Gründen der Verkehrssicherheit - ein geeigneter Lösungsansatz entwickelt und diese Gefahrenquelle beseitigt werden. Überdies muss nach unserer Auffassung in allen Stadtteilen untersucht werden, an welchen Stelle bauliche Veränderungen - etwa die Absenkung von Bordsteinen - vorgenommen werden können, um allen Mitbürger ein möglichst unproblematisches und **barrierefreies Fortkommen** zu erlauben.

Umweltschutz ist eine Chance und keine Last, die wir tragen müssen. Ökonomie und Ökologie stehen hier - wie auch in anderen Themenfeldern - nicht im Widerspruch. Es wird vielmehr - worauf wir wiederholt hingewiesen haben - ein zentrales Anliegen und eine entscheidende Aufgabe der Zukunft sein, die explodierenden Energiekosten in den Griff zu bekommen; dies kann nur durch eine deutliche Reduzierung des Energieverbrauchs geschehen. Wir müssen uns im kommunalen Bereich naturgemäß auf Dinge konzentrieren, die wir selbst weitgehend beeinflussen und kontrollieren können. Die beste Art des Umweltschutzes vor Ort ist die nachhaltige Reduzierung des Energieverbrauchs.

Der Energiebericht für das Jahr 2007 liegt jetzt vor; kleinere Maßnahmen sind vor Ort bereits umgesetzt worden. Wir erwarten zeitnah den nächsten Bericht, der Vorschläge für investive Maßnahmen enthalten wird. Im Übrigen steht außer Frage, dass wir bei Neubauten oder Sanierungsmaßnahmen sowohl energetische als auch energiewirtschaftliche Aspekte in den Fokus nehmen müssen.

Ich wehre mich gegen - wohl mit der vor uns liegenden Kommunalwahl zu erklärende - Äußerungen, die den Eindruck vermitteln sollen, dieses Ziel habe in den vergangenen Jahren nur eine Fraktion im Gemeinderat verfolgt; wir sollten auch in schwierigen Zeiten bei der Wahrheit bleiben. Ich darf beispielhaft darauf hinweisen und betonen, dass die SPD-Fraktion schon im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2005 beantragt hat, im Rahmen des bereits zuvor geforderten Energiekonzepts für die Stadt Korntal-Münchingen zusätzlich Lösungen aufzuzeigen, wie die Energiekosten in den nächsten Jahren nachhaltig gesenkt werden können. Sollten die vorgeschlagenen Lösungen die Kosten nicht wesentlich senken, müsse über eine externe Energieagentur ein tragfähiges Sparkonzept erarbeitet werden. An diesem Kurs haben wir beharrlich festgehalten.

Der rasche und konsequente Ausbau regenerativer Energien erscheint sowohl aus ökologischen als auch ökonomischen Gründen unverzichtbar. In diesem Zusammenhang sind als Vorteile erneuerbarer Energien beispielhaft Klima- und Ressourcenschutz, Reduzierung der Importabhängigkeit und größere Stabilität der Energiepreise sowie positive Arbeitsplatzeffekte zu nennen.

Es muss gewährleistet sein, dass die **städtebauliche Entwicklung** in unserer Stadt planvoll und strukturiert abläuft; wir müssen klare Aussagen über die künftige Entwicklung unserer Stadt treffen. In diesem Zusammenhang bedarf es eines zukunftsfähigen Konzepts, das festlegt, ob und gegebenenfalls welche Flächen in Korntal-Münchingen als neue Baugebiete ausgewiesen werden und in welcher Reihenfolge sowie unter welchen Voraussetzungen diese Entscheidungen getroffen werden sollen. Die Ausweisung neuer Baugebiete erscheint zwar vordergründig attraktiv; gleichwohl ist stets in Bedacht zu nehmen, in welchem Umfang Infrastrukturmaßnahmen erforderlich werden. Wir sehen Entwicklungspotential insbesondere auf dem sogenannten Aichelengelände in Korntal, das als mögliches Baugebiet strukturelle Chancen eröffnen kann.

Am Saalplatz in Korntal entsteht das neue Gemeindezentrum der evangelischen Brüdergemeinde. Um im Zuge dieser Baumaßnahme eine nachhaltige Aufwertung dieses historisch und städtebaulich maßgeblichen Areals zu bewirken, wird auf der Grundlage eines attraktiven Konzepts eine **Umgestaltung des Saalplatzes** erfolgen. Die Planungen in diesem Bereich bilden den Ausgangspunkt und sind Bestandteil der Fortführung der Sanierung „Stadtmitte Korntal“; dieses Projekt muss sukzessive vorangetrieben werden. In diesem Zusammenhang werden weitere planerische Überlegungen im Sinne eines Gesamtkonzepts anzustellen sein.

Der **Erhalt des Gartenstadtcharakters in Korntal** bzw. der Schutz gewachsener Strukturen sind berechnigte und wichtige Anliegen. Diesen Gesichtspunkten wird bei der inhaltlichen Gestaltung aktueller und künftiger Bebauungspläne ein maßgebliches Gewicht zukommen. Der Gemeinderat hat aber im Rahmen seiner Planungshoheit die verfassungsrechtliche Verpflichtung, eine Abwägung zwischen allen miteinander in Widerstreit stehenden oder sich ergänzenden öffentlichen und privaten Belangen vorzunehmen und die Gesichtspunkte zu gewichten. Es führt jedoch kein Weg an der Feststellung vorbei, dass die Erteilung oder Verweigerung einer Baugenehmigung in den hier einschlägigen Fällen in die ausschließliche Zuständigkeit der Baurechtsbehörde gefallen und dem Gemeinderat eine Einflussnahme verwehrt gewesen ist. Die Annahme ist leider evident falsch, dass der Gemeinderat dieser Problematik wirksam begegnen und Abhilfe schaffen kann, wenn er Bebauungspläne für die in Betracht kommenden Gebiete beschließt. Dies wird eindrucksvoll durch die Tatsache belegt, dass die von unseren Bürgern zu Recht diskutierten Problemfälle nahezu durchweg in beplanten Bereichen errichtet worden sind. Konkrete, hilfreiche und rechtlich umsetzbare Anträge zu dieser Problematik sind in der letzten Legislaturperiode leider nicht gestellt worden. Eine differenzierte und sachliche Auseinandersetzung ohne Wahlkampfgetöse begrüßen wir im Interesse der Sache uneingeschränkt.

Wir haben bereits vor geraumer Zeit beschlossen, für das **Gelände am Bahnhof in Korntal** einen Bebauungsplan aufzustellen. Ehe wir eine Entscheidung im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger treffen können, gilt es die in Betracht zu ziehenden öffentlichen und privaten Belange mit der gebotenen Sensibilität behutsam abzuwägen. In diesen Entscheidungsprozess muss auch das Ergebnis spezifischer gutachterlicher Untersuchungen einfließen. Hierbei werden wir die Lage und den Charakter des Geländes und das klar artikulierte Interesse unserer Bürger an einer Einkaufsmöglichkeit an dieser Stelle zu berücksichtigen haben.

Der Existenz eines **Lebensmitteleinzelhandels** in Form eines Vollsortimenters im Bereich der **Stadtmitte in Korntal** kommt - wie die aktuelle Situation belegt - eine zentrale Bedeutung zu. Dieser Standort in der Stadtmitte von Korntal muss durch flankierende Maßnahmen nachhaltig gesichert und strukturell gestärkt werden. Auf diese Art und Weise werden entscheidende Impulse für die Belebung der Innenstadt gesetzt, da eine Einkaufsmöglichkeit in zentraler Lage eine Magnetfunktion ausübt, die auch aus stadtplanerischen Erwägungen unverzichtbar erscheint.

Im **Kallenberg** hat die Fortführung der **Sanierung** an Dynamik gewonnen, nachdem ein Grundstückstausch vorgenommen und das Rühlegelände wirtschaftlich sinnvoll verwertet werden konnte; hier wird in naher Zukunft ein Hotel mit gehobenem Standard entstehen. Es war für uns ein zentrales Anliegen, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Realisierung der Planung den Belangen und Interessen der Wohnbevölkerung - insbesondere der Anlieger - Rechnung getragen worden ist. Die Ziele dieser Sanie-

rung - insbesondere eine positive Entwicklung der Gemengelage zwischen gewerblicher Nutzung und angrenzender Wohnbebauung - haben nach wie vor Gültigkeit. Aus diesem Grund muss der Rahmenplan für Kallenberg fortgeschrieben und aktualisiert werden; die Entwicklung und Umgestaltung dieses Gebiets benötigt eine zukunftsfähige Perspektive.

Die bislang im **städtebaulichen Rahmenplan Müllerheim** formulierten und vom Gemeinderat anerkannten Ziele konnten bislang noch nicht erreicht werden. Als derzeit finanzierbarer Schritt und positives Signal sind die Unterführungen der Bundesautobahn 81 und der Bundesstraße 10 durch eine - auch unter Berücksichtigung energetischer Aspekte vorzunehmende - Optimierung der Beleuchtung und einen ansprechenden Farbanstrich optisch aufzuwerten. Soweit im städtebaulichen Rahmenplan weitere - sehr kostenintensive - Maßnahmen wie etwa die Anlage eines durchgehenden Gehwegs auf der Nordseite der Kornwestheimer Straße vorgesehen sind, muss die Realisierung und der denkbare Zeitrahmen im Zusammenhang mit der mittelfristigen Finanzplanung diskutiert werden.

Wir begrüßen es im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger, dass in **Münchingen** derzeit im Bereich „Südlich Stuttgarter Straße“ ein **Discountmarkt** auf der Grundlage eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans errichtet wird. Es ist trotz intensiver und umfassender Bemühungen leider nicht gelungen, eine Ansiedlung im Innenbereich zu ermöglichen. Wir müssen unsere Bemühungen nunmehr darauf konzentrieren, ein geeignetes Areal im Innenbereich für die Ansiedlung eines Lebensmitteleinzelhandels zu finden, um eine umfassende wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung auch in Zukunft nachhaltig zu sichern. Dies erscheint grundsätzlich möglich, da bei der Ansiedlung eines Lebensmitteleinzelhandels von den Interessenten andere Rahmenbedingungen als für einen Discounter gefordert werden. Hier stehen mögliche Lösungsansätze in der Diskussion; es bleibt zu hoffen, dass sie auch realisiert werden können.

Der begrenzt offene Ideen- und Realisierungswettbewerb im Zusammenhang mit der Gestaltung des Geländes um die **Albert-Buddenberg-Halle** ist zwischenzeitlich durchgeführt worden. Unter den zahlreichen Entwürfen befand sich jedoch sowohl für das Preisgericht als auch für Verwaltung und Gemeinderat keine in jeder Hinsicht überzeugende Lösung. Im Zuge einer konstruktiv geführten Diskussion ist die Realisierung eines Konzepts beschlossen worden, das zwar keine Ideallösung bildet, aber den Interessen und Belangen der Nutzer dieses Areals angemessen Rechnung trägt und insgesamt durchaus ansprechend erscheint. Es wird nun darum gehen, die Planung zu optimieren sowie an die rechtlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Der Musikverein Münchingen, der sich außerordentlich geduldig gezeigt hat, und der Jugendtreff haben damit endlich eine konkrete Perspektive erhalten. Mittelfristig wird den Bedürfnissen des Hallensports in Münchingen auf diesem Gelände Rechnung getragen werden können. Die Realisierung dieses ehrgeizigen Vorhabens werden wir Schritt für Schritt umsetzen; ein Stillstand erscheint nicht vertretbar.

Die Umgestaltung des Straßenraums und der Prozess der **Sanierung im Ortskern von Münchingen** müssen fortgeführt werden. In diesem Zusammenhang müssen wir versuchen, den besonderen Charakter dieses Bereichs auch bei einer Neuordnung zu bewahren, dessen Attraktivität zu steigern und die Lebens- und Wohnqualität zu verbessern. Die Umgestaltung des Straßenraums darf nicht an der Gehwegkante enden. Um diese ehrgeizigen Projekte erfolgreich gestalten zu können, sind wir in hohem Maße auf die Akzeptanz der Bürgerschaft und auf private Initiativen angewiesen.

Soweit sich nach der Inbetriebnahme der Westumfahrung und im Zuge der Baumaßnahme Schleichverkehr entwickelt hat oder zu entwickeln droht, der bei den Anwohnern zu erheblichen Beeinträchtigungen und Belastungen führt, muss dieser Problematik begegnet werden.

Wir sind auch in den vor uns liegenden Jahren zur Finanzierung der zahlreichen anstehenden Projekte auf die Erlöse aus der Vermarktung der **Gewerbegrundstücke** angewiesen; hierzu müssen die Standortvorteile unserer Stadt noch effizienter genutzt werden.

Die Veräußerung der Gewerbegrundstücke darf jedoch nicht beliebig und als intuitive Augenblicksentscheidung erfolgen; Intuition ist - um Friedrich Dürrenmatt zu zitieren - die Fähigkeit gewisser Leute, eine Lage in Sekundenschnelle falsch zu beurteilen. Es bedarf vielmehr klarer und nachvollziehbarer Vergabekriterien. Wir müssen uns des Wertes unserer - nur noch begrenzt verfügbaren - Grundstücke bewusst sein und die aus einem Verkauf resultierenden Konsequenzen jeweils sorgfältig abwägen; der Entscheidungsprozess muss transparent gestaltet werden. Ziel einer nachhaltigen Ansiedlungspolitik muss sein, eine - soweit möglich - krisenfeste und solide wirtschaftliche Struktur zu schaffen.

Wir stehen aus Überzeugung zur **Strohgäubahn** und wollen sie erhalten, da wir - insbesondere aus ökologischen, aber auch aus verkehrspolitischen Gründen - den schienengebundenen Personennahverkehr für einen zukunftsfähigen Ansatz halten. Der Landkreis Ludwigsburg und die anderen Anliegerkommunen haben sich im Rahmen intensiver Diskussionen bewegt und finanzielle Zugeständnisse gemacht; der Verteilerschlüssel für die beteiligten Partner hat sich zu unseren Gunsten etwas verschoben. Gleichwohl führt kein Weg an der Feststellung vorbei, dass der jährlich von uns für die Strohgäubahn zu zahlende Betrag den städtischen Haushalt bis an die Schmerzgrenze - oder darüber hinaus - belastet. Eine Strohgäubahn um jeden Preis können wir uns nicht leisten. Die von Gemeinderat und Verwaltung der Stadt Korntal-Münchingen angestrebte Übernahme der Verantwortung durch den Verband Region Stuttgart ist bei realistischer Bewertung leider derzeit nicht durchsetzbar. Die Übernahme der Trägerschaft durch einen Zweckverband stellt aus unserer Sicht keine optimale Lösung dar; wir werden uns diesem von den anderen Beteiligten favorisierten Modell nicht verschließen können, wenn wir den Betrieb der Bahn nicht schon aus diesem Grund in Frage stellen wollen. Wir begrüßen, dass das Leistungsangebot - insbesondere an den Wochenenden und in den Abendstunden - deutlich verbessert wird. Eine regelmäßige Durchbindung nach Feuerbach erscheint jedoch aus unserer Sicht absolut zwingend, um der Strohgäubahn eine vernünftige Perspektive zu eröffnen und dem Fahrgastaufkommen auf dieser Strecke Rechnung zu tragen. Das Modell einer Strecke mit Endhalt in Korntal führt auf ein Abstellgleis und vermag unserem Anforderungsprofil nicht zu genügen. Es lässt sich auch nicht nachvollziehbar darstellen, dass ein absolut unrentabler - und allenfalls historisch interessanter - Streckenabschnitt von Hemmingen bis Heimerdingen mit enorm hohen Kosten finanziert und am Leben gehalten wird, während die attraktive Strecke von Korntal bis Feuerbach aufgegeben werden soll. Eine im Interesse unseres Haushalts unverzichtbare wirtschaftliche Bewertung muss zwingend zu dem Ergebnis führen, dass ein Abschnitt Hemmingen - Heimerdingen erst recht nicht realisiert werden kann und darf. Wenn einem Betrag von mehr als 7,2 Millionen € reine Investitionskosten eine prognostizierte Fahrgastzahl von gerade 230 Personen pro Werktag in beiden Fahrtrichtungen zusammen gegenübersteht, kann jedem halbwegs objektiven Betrachter ein krasses Missverhältnis nicht verborgen bleiben. Wir müssen - schon um unserer Verantwor-

tung für unseren Haushalt gerecht zu werden - fragen und auch fragen dürfen, ob den Interessen unserer Bürger, aber auch der Strohgäubahn nicht mit einer Strecke Hemmingen - Korntal Rechnung getragen werden kann, die bislang - und das charakterisiert das wenig systematische Vorgehen der Entscheidungsträger - nicht einmal im Ansatz auf ihre Wirtschaftlichkeit untersucht worden ist.

Richard von Weizsäcker wird mit der Äußerung zitiert: „Am Ideal gemessen versagt die Wirklichkeit. Aber was wäre das für eine traurige Wirklichkeit, wenn sie aufhören würde, sich nach dem Ideal zu orientieren und nach der Wahrheit zu fragen“. Wir - die SPD-Fraktion - wollen und werden weiterhin **nach der Wahrheit fragen** und möglichst sinnvolle und sachgerechte Lösungen für unsere Bürgerinnen und Bürger suchen. In diesem Zusammenhang bieten wir den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen und der Verwaltung an, auch künftig jederzeit als Partner einer konstruktiven und fairen Diskussion zur Verfügung zu stehen, die wir ohne ideologische und parteipolitische Vorgaben und mit einem pragmatischen Verständnis von Politik führen müssen. Nach unserem Verständnis können wir nur gemeinsam die erforderlichen Grundlagen erarbeiten und um die Antworten ringen, die wir im Interesse unserer Stadt zur Bewältigung der aktuellen und vor uns liegenden Probleme dringend benötigen.

Unser Ziel wird auch in Zukunft sein, sozial ausgewogene und nachhaltige Lösungen für die anstehenden Probleme zu entwickeln sowie mit einer soliden Haushaltspolitik und mit Augenmaß die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern und das Erreichte zu bewahren.

Mein besonderer Dank gilt unserem Kämmerer, der mit hoher fachlicher Kompetenz und großem Engagement die Haushaltsberatungen vorbereitet und das Gremium bei der Erörterung der sehr komplexen Sachverhalte fair und konstruktiv begleitet hat. Dieser Dank schließt die Mitarbeiter der Kämmerei ausdrücklich ein. Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan für das Jahr 2009 und den hiermit verbundenen Planwerken zu; die mittelfristige Finanzplanung nehmen wir zur Kenntnis.

Für die Fraktion der SPD
Egon Beck
Fraktionsvorsitzender

Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler zum Haushalt 2009



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Wolf, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, verehrte Zuhörerschaft, im Namen der Freien Wähler und in Vertretung von Edeltraud Siegle möchte ich zum Haushaltsplan 2009 Stellung nehmen. Bevor ich beginne, möchte ich auf diesem Wege zunächst unserer Gemeinderatskollegin Edeltraud Siegle nach ihrer Hüftoperation für ihren Genesungsprozess alles Gute und Gottes Segen wünschen, dass sie alsbald wieder in unseren Reihen ihren angestammten Platz einnehmen kann.

Die Vergangenheit holt uns ein ...

Wenn ich am Ende meiner Amtsperiode als Gemeinderat Bilanz ziehe, fällt mir auf, dass die Haushaltsplanung 2009 auffallende Parallelitäten zu unserem 1. Haushalts-

jahr 2004 hat. In 2004 erreichten wir mit einer negativen Zuführungsrate einen historischen Tiefstand in unserem städtischen Verwaltungshaushalt. Im Gegensatz zu heute zeichnete sich aber damals in der deutschen Wirtschaft eine Aufschwungphase ab. Von steigenden Exportquoten mit deutlichen Handelsbilanzüberschüssen und dem Titel eines Exportweltmeisters getragen, erreichten wir in den Folgejahren dank stetig steigender Steuerrekordeinnahmen bessere Ergebnisse in unserem kommunalen Haushalt. So wuchsen von 2005 bis 2008 ohne unser Zutun die Zuführungsraten an den Vermögenshaushalt von Jahr zu Jahr auf zusammen 11,7 Mio. €. Das Jahr 2004 schien nur ein Ausrutscher zu sein.

Dennoch:

Seit Jahren wird uns von der Genehmigungsbehörde attestiert, dass unser Leistungsangebot für unsere Bürger unseren finanziellen Rahmen sprengen kann und Einsparmaßnahmen dringend erforderlich wären. Dank der vorgenannten Rekordsteuereinnahmen reichten bislang punktuelle Verschiebungen bei den Erhaltungsmaßnahmen aus, um einen ausgeglichenen Haushaltsplan aufzustellen. Das Bildungs- und Betreuungsangebot wurde und wird weiter ausgebaut.

Trotzdem müssen wir uns mehr denn je fragen, ob wir die Folgekosten und den zusätzlichen Personalaufwand bei anhaltender Wirtschaftsflaute noch verkraften können?

Die Krise kam über Nacht ...

Einen größeren Kontrast zwischen vermeintlich grenzenlosem Wirtschaftswachstum und dem Tsunami-gleichen, **weltweiten Wirtschaftseinbruch** hat es in der Geschichte nach dem 2-ten Weltkrieg noch nicht gegeben. Hiobsbotschaften über Bankenkrise und Firmenzusammenbrüche, Staatsbankrotte, Kurzarbeit, Arbeitsplatzverlust, Börsentiefststände erreichen uns täglich in unserer Wohlstandsgesellschaft.

Sie, sehr geehrter Herr Dr. Wolf, haben ausführlich bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes am 16. Dezember 2008 die möglichen Auswirkungen auf unseren städtischen Haushalt 2009 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2012 aufgezeigt. Ohne dass das ganze Ausmaß der **Wirtschafts- und Finanzkrise** zum damaligen Zeitpunkt in vollem Umfang absehbar war und ist.

Auch drei Monate später scheint die wirtschaftliche Talfahrt noch nicht beendet zu sein. Mit dem Einbruch der **Gewerbesteureinnahmen** ist die Weltwirtschaftskrise auch im Strohgäu angekommen. Die Strohgäugemeinden werden an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen. Der Stelle nämlich, die in den letzten Jahren unseren Wohlstand gesichert und unsere Investitionsvorhaben mit Schwerpunkt Kinderbetreuung und Schulbildung maßgeblich gestützt hat.

Weitermachen wie bisher ...

Ist nicht unsere **Abhängigkeit** von stetigem Wirtschaftswachstum, höheren Steuereinnahmen und Ausweis neuer Bau- und Gewerbeflächen die Ursache unserer **ökonomischen und ökologischen kommunalen Krise**?

Müssen wir uns nicht eingestehen, dass wir im Glauben an **unendliches Wachstum** zu hoch geflogen sind und, ausgelöst durch die Turbulenzen der Finanzkrise, vermutlich hart auf dem Boden der Tatsachen landen? Müssen wir jetzt nicht dringend handeln und in Form **eines Sparpakets** sozusagen rechtzeitig die Landeklappen ausfahren, damit wir **keine Bruchlandung** erleben?

Sind wir in dieser Krise nicht wie gelähmt, weil wir dazu neigen, wieder überholte Lösungen zu fordern, ohne die Zusammenhänge und **Ursachen** der Probleme zu berücksichtigen?

Das Konzept für den sogenannten „optimierten Dieselbetrieb der **Strohgäubahn** zw. Heimerdingen und Korntal“ und Gründung eines Zweckverbandes wäre ein Beispiel

dafür. Wenn das ins Auge geht, haben wir eine historische Fehlentscheidung getroffen.

Überholte Lösungen erweisen sich nicht nur als ineffektiv, fast immer verschlimmern sie die jeweilige Situation!

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben ...

Viele Hoffnungen der Kommunen beruhen auf dem milliarden schweren **Konjunkturprogramm**, das von der Bundes- und Landesregierung zur Sicherung der Arbeitsplätze beschlossen wurde. Auch in Korntal-Münchingen basieren unsere überfälligen Erhaltungsaufwendungen teilweise auf der Förderfähigkeit durch Landesmittel, damit diese umgesetzt werden können. Wir sind nicht in der Lage, unseren **städtischen Immobilienbestand** in gebotener Maß zu sanieren und zu erhalten. Den größten **Sanierungsstau** bei der Umsetzung der seit Jahren geltenden, **gesetzlichen Energieeinsparverordnung** (ENEV) weisen Kommunen auf. Wenn wir in Korntal-Münchingen der Wärmedämmung und der Nutzung regenerativer Energiequellen in unseren kommunalen Gebäuden eine höhere Priorität als den überzogenen Brandschutzmaßnahmen einräumen würden, könnten wir durch förderfähige Investitionen zusätzlich erhebliche Kosten sparen und unseren Haushalt künftig entlasten.

Müssen in Zeiten knapper Kassen entgegen einer artgerechten Pflanzung unbedingt Bäume im Straßenraum gepflanzt werden?

Müssten wir uns vielleicht nicht von Teilen unserer städtischen Liegenschaften trennen bzw. den Bau neuer Gebäude vermeiden, wenn die Betriebskosten und die Erhaltungsmaßnahmen nicht im erforderlichen Umfang gesichert sind?

Brauchen wir nicht jetzt eine wirkliche Neuausrichtung, **ein Leitbild** für einen **Sparkurs**, um unsere Probleme dauerhaft zu lösen und unseren Handlungsspielraum zu erhalten?

Müssen wir hierbei nicht unser kommunales Kultur- und Dienstleistungsangebot hinterfragen?

Kommt es jetzt nicht viel mehr darauf an, dass wir, jeder einzelne von uns, schnell und entschlossen aufrufen, liebgegewonnene Gewohnheiten abzulegen und uns engagiert und aufgeschlossen den notwendigen Einsparungen stellen?

Wir können uns in Korntal-Münchingen einem Sparpaket nicht länger verschließen!

Neue Wege gehen ...

Der **Mut und die Ausdauer**, die einige unserer Mitbürger aufgebracht haben, um neue Wege zu gehen, sollten uns bei unseren Überlegungen Vorbild sein. Das Windkrafttrrad auf dem Grünen Heiner, die Biogasanlage am Esslinger Weg, die zunehmenden Solarthermie- und Photovoltaikanlagen auf den Hausdächern sind Beispiele dafür, dass aus kleinen innovativen Keimzellen und den richtigen politischen Weichenstellungen in Form der Energieeinspeisevergütungen als unterstützende Maßnahme sogar **neue Exportmärkte** entstehen können. Unser know how bei der Nutzung von Sonne, Wind, Biomasse und Erdwärme kann unserem know how im klassischen Maschinen- und Anlagenbau folgen und uns wieder nach vorne bringen.

Ähnlich wie wir die **Marktführerschaft** beim Recycling und Aufbereitung von Müll und Reststoffen durch intelligente Trenn- und Aufbereitungssysteme erklommen haben.

Der vermehrte **Einsatz regenerativer Energien** ist nicht das Einzige, was wir tun können. Aber dies kann ein Vorbild für kreative Gedanken und für einen gemeinsamen kritisch-konstruktiven Dialog sein, der Dreh- und Angelpunkt einer mutigen Strategie ist, die uns als Bürger und Korntal-Münchingen als Ganzes nach vorne bringen kann.

Nur eigene Wege hinterlassen Spuren.

Was können wir in den kommenden fünf Jahren tun? Ja, was müssen wir in den kommenden fünf Jahren initiieren? Sind wir nicht dann am leistungsfähigsten, wenn die Not am Größten ist und wir uns miteinander solidarisch erklären?

Wir in Korntal-Münchingen können diese Krise weder aussitzen noch vertagen.

Weniger ist mehr ...

Zugleich müssen wir uns natürlich auch mit viel größerer Entschlossenheit zu Effizienz und Sparsamkeit verpflichten. Das ist die beste Investition, die wir machen können.

Wenn wir den Euro richtig investieren, können wir am meisten sparen.

Vielleicht ist das größte Hindernis dabei die Unübersichtlichkeit unserer Verwaltungsvorschriften, unserer Gesetze und Verordnungen.

Ein weiteres Beispiel: „Öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV) in Korntal-Münchingen und Erhalt Strohgäubahn“: Wären Geld und Zeit nicht effizienter in ein **Stadtbuskonzept** investiert worden, um endlich eine **ganzheitliche, innerstädtische Verbindung** zwischen Münchingen, Kallenberg, Müllerheim und Korntal mit Umsteigemöglichkeiten nach Ludwigsburg und Stuttgart flexibler und kostengünstiger zu erlangen?

Neuverschuldungen sind keine Lösung, stattdessen Entschuldung und Sparen! Die Bürgerstimmen mehren sich, die nach neuen und mutigen Ansätzen suchen. Wir stehen vor Neuwahlen. Die beste Gelegenheit für neue Wege? Ist es richtig darauf zu warten, dass immer Andere vorangehen, wenn es um unangenehme Entscheidungen geht? Sollten wir uns unserer Gemeinde zu liebe nicht miteinander solidarisch erklären, um die Herausforderungen gemeinsam zu meistern? Deshalb möchte ich sie bitten, sich der Aufforderung unseres Bürgermeisters anzuschließen, neue Wege zu suchen und gemeinsam zu gehen, und uns den Herausforderungen für einen Sparkurs zu stellen. Ohne unserer Nachfolgergeneration ein Erbe hinterlassen zu müssen, das aus zu vielen **Altlasten** besteht und nicht aufrecht erhalten werden kann.

Weniger kann schlussendlich mehr sein!

Solidarität in der Krise ...

Der Moment ist erreicht, in dem wir entscheiden, welchen Weg wir einschlagen wollen und wie unsere gemeinsame Zukunft aussehen soll. Ich bitte jeden Einzelnen von Ihnen, jeden Mitbürger unserer Stadt sich aktiv an der Gestaltung unserer Zukunft zu beteiligen und den Weg der Nachhaltigkeit zu gehen und zu bestehen. Die aktuelle Krisensituation wird sich nur ändern, wenn auch wir bereit sind, uns zu ändern! Unser Erfolg, unsere Zukunft hängt von unserer Bereitschaft als Bürger ab, diesen Weg mit zu gehen und in fünf Jahren das erklärte Ziel zu erreichen. Nutzen wir die Gelegenheit, uns einen Riesenschritt voranzubringen.

Dafür sind ehrenamtliches und uneigennütziges Engagement und Solidarität genauso gefragt wie **Mut und Entschlossenheit** neue Wege zu gehen.

Auch die Freien Wähler werden künftig neue Wege gehen, da meine Fraktionskollegin und –kollegen Edeltraud Siegle, Jörg Müller und Dieter Goll mit Ablauf dieser Wahlperiode ihr ehrenamtliches Engagement im Gemeinderat der Stadt Korntal-Münchingen beenden werden.

Die Freien Wähler erheben auch weiterhin einen hohen Anspruch an eine verantwortungsvolle Haushaltsführung. Wir wollen weiterhin bei unseren Entscheidungen nach gewissenhafter Prüfung das **Notwendige** befürworten, das **Unnötige** verhindern und unseren Blick auf das **Machbare** konzentrieren. Bei Investitionsentscheidungen müssen die damit verbundenen Folgekosten kritisch beleuchtet und im Verwaltungshaushalt fortgeschrieben werden. Bei den Haushaltsberatungen haben sich die Freien Wähler mit eigenen Anträgen bewusst zurückgehalten, da wir es als vornehmliche

Aufgabe der Stadtverwaltung sehen, uns selbstkritisch und eigenverantwortlich eine umfassende Vorschlagsliste mit Einsparpotenzialen vorzulegen, aus der wir gemeinsam in einer Klausursitzung ein **Sparpaket für die Zukunft** schnüren können.

Wir möchten Sie, sehr geehrter Herr Dr. Wolf, und ihre Verwaltungsmitarbeiter aktiv in der anstehenden **Haushaltskonsolidierungsphase** unterstützen und scheuen auch vor unpopulären Entscheidungen nicht zurück, wenn es sich in der Analyse herausstellen sollte, dass bestehende Strukturen einen zu geringen Kostendeckungsgrad und Angebote seitens der Bürgerschaft nicht in erwartendem Maße nachgefragt werden.

Mein besonderer Dank gilt unserem Kämmerer Herrn Gerlach und Herrn Leonhardt, die mit großem Engagement die Haushaltsberatungen vorbereitet und das Gremium bei der Erörterung der sehr komplexen Sachverhalte begleitet haben.

Die Freien Wähler stimmen dem Haushaltsplan für das Jahr 2009 und den hiermit verbundenen Planzahlen zu; die mittelfristige **Finanzplanung** nehmen wir mit **Bedenken** zur Kenntnis.

Für die Fraktion der Freien Wähler
Frank Gehring
Fraktionsmitglied

Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2009



Grüne Erfolge und Wirtschaftskrise

"Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich", hat Max Weber vor 90 Jahren festgestellt. Dass wir Grünen es mit besonders dicken Brettern zu tun haben werden, konnte er damals noch nicht wissen.

Wir haben gelernt, wie mühsam das Bohren ist und wir haben nicht aufgegeben. Mit Ausdauer und Hartnäckigkeit und mit immer wieder frisch geschärftem Bohrer sind wir ans Werk gegangen.

Und die Mühe hat sich gelohnt, denn in diesem Jahr sind wir durch einige sehr dicke Bretter durchgekommen. Wir freuen uns, dass etliche unserer Grünen Anträge zum Haushalt 2009 befürwortet wurden. So hat der äußerlich graue Haushaltsplan doch noch grünes Licht für die Zukunft erhalten.

Was haben wir erreicht:

Energieeinsparung:

Für das Jahr 2009 sind im Haushaltsplan für Gebäudebewirtschaftung, das sind im Wesentlichen Energiekosten, ca. 2 Mio. € eingestellt. Im Jahr 2007 mussten wir 1,6 Mio. € bezahlen. Das heißt, wir rechnen über diese zwei Jahre mit einer Steigerung von 25%, 400.000 € Mehrkosten ohne Mehrwert. Wir müssen mit diesen Kosten rechnen, weil wir es in den zurückliegenden Jahren nicht geschafft haben, für Energieeinsparung zu sorgen. Diese 400.000 € fließen nicht in die regionale Wirtschaft sondern zu den Ölscheichs nach Arabien oder zu den großen Energiekonzernen. Diese 400.000 € stellen wir bereit für Umweltverschmutzung und CO₂-Ausstoß und mit diesen 400.000 € betreiben wir erfolgreich Klimaerwärmung. Diese 400.000 €

fehlen uns schmerzlich im Verwaltungshaushalt und drücken uns die Luft ab für wichtige Investitionen.

Erst dieses Jahr ist es uns gelungen, die Notbremse zu ziehen. Wir hoffen, dass es noch nicht zu spät ist:

Auf unseren Antrag hin werden **Energierichtlinien** erarbeitet, denen (leider erst ab 2010 und nicht bereits ab heute) jede Baumaßnahme entsprechen muss. Für unsere städtischen Liegenschaften wird ein Sanierungskonzept erstellt. Die Straßenbeleuchtung wird energiesparend. Die Chancen des Nahwärmenetzes in Korntal-Münchingen werden geprüft.

Nachdem wir nun auch Energieberichte vorliegen haben und die KEA für drei Jahre unser kommunales Energiemanagement voranbringt, können wir schon in diesem Jahr mit Einsparungen rechnen. 50.000 € geringere Ausgaben sind schon mal als Minderausgabe eingestellt. Wir hoffen, dass die Einsparungen durch die zügige Umsetzung von Maßnahmen am Ende noch größer sind.

Ökologische und faire Beschaffung:

In Zukunft wird die Stadt Korntal-Münchingen Verantwortung zeigen, beim Einkauf von Produkten. Verantwortung für unsere Umwelt und Verantwortung für unsere Mitmenschen. Wir setzen damit ein Zeichen, das jeder Verbraucher und jede Verbraucherin setzen kann: Wir leben in einer Welt gemeinsam. Diese Welt müssen wir schützen und wir müssen uns gegenseitig fair behandeln. Das ist möglich. Wir müssen nicht Produkte kaufen, die durch Kinderarbeit gefertigt sind. Wir müssen nicht mit viel Chemie erzeugte Lebensmittel erstehen, die unsere Böden und unser Grundwasser belasten. Wir müssen keinen Atomstrom beziehen. Denn auch hier ist es möglich auf umweltfreundlichen Ökostrom umzusteigen. Wir sind gespannt, welche Wirkung die Umsetzung dieses Antrags haben wird und hoffen, dass unserem Beispiel viele Bürgerinnen und Bürger folgen.

Aber wir spüren nicht nur diesen frischen grünen Wind. Im Haushaltsplan 2009 zeigt sich auch noch ein ganz anderer positiver Klimawandel:

Anpassung unserer sozialen Infrastruktur an neue Herausforderungen:

Jetzt werden die Maßnahmen konkret: Der Kindergarten Eisenbahnstraße wurde angebaut und erhält eine Krippengruppe. An der Realschule und der Flattichschule wurde die Ganztagsbetreuung eingerichtet. Personal für den Mensabetrieb wird eingestellt. Am Gymnasium wird es nun auch Schulsozialarbeit geben. Damit ist die Schulsozialarbeit an allen Schulen eingerichtet. Geplant ist die Erweiterung der Realschule, um dort die Hortbetreuung zu erweitern und um in der Goerdelerstraße Platz zu schaffen für eine Krippengruppe in Korntal. Der Bedarf ist groß und es ist allerhöchste Zeit, dass wir uns diesen gesellschaftlichen Änderungen stellen.

Zusätzlich gibt es neue Einrichtungen: Dieses Jahr wird der Jugendgemeinderat gewählt. Für unsere Jugendlichen und uns ist das ein neues Element gelebter Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Das Geld, das wir dafür bereitstellen, ist gut angelegt. Es wird sich auszahlen, wenn die Menschen hier die Einrichtungen am Ort finden, die sie brauchen.

Trotz aller guten Ansätze und obwohl wir gerne viel schneller voran gehen würden, gibt es doch ein paar ziemliche Bremser im Haushalt 2009:

Besonders lästig ist die Auflage, zusätzliche **Brandschutzmaßnahmen** in den Schulen durchzuführen. Aufgrund neuer Bestimmungen gelten unsere sorgfältig beachteten und den seitherigen Vorgaben entsprechenden Brandschutzeinrichtungen auf einmal als unzureichend. Ob die Millionen, die jetzt investiert werden müssen, unver-

hältnismäßig sind, dürfen wir nicht fragen, denn es geht im Zweifelsfall um das Leben von Kindern. Aber man darf mindestens darauf hinweisen, dass es an vielen anderen Stellen, wo es um das Wohl unserer Kinder geht, zum Beispiel im Bereich der Gewaltprävention, keine vergleichbaren Bestimmungen gibt. Dort droht drohen unseres Erachtens aber ebenso große Gefahren, für die sich nur leider keiner Verantwortlich fühlt.

Strohgäubahn:

Eigentlich sollte die Bahn uns flott voran bringen- stattdessen kommt sie nicht in die Puschen. 350.000 € stehen im Etat für 2009. Ein weiterer Interimsvertrag für drei Jahre ist unterzeichnet. Und die Perspektive nach jahrelangem Gerangel? Zukünftig 500.000 € jährlich für eine Bimmelbahn zwischen Korntal und Heimerdingen! Wir können nur feststellen: Für uns hat die Aufgabe geheißen, eine möglichst wirtschaftliche, langfristige und attraktive Lösung für die Strohgäubahn zu erarbeiten. Das verkehrliche und ökologische Potenzial ist unserer Ansicht nach eindeutig vorhanden und wurde auch in den früheren Gutachten immer mit einer Durchbindung nach Feuerbach zwingend verknüpft. Dafür sind wir gerne bereit, unseren Beitrag zu leisten. Eine Investition, die sich lohnt für eine wichtige und zentrale Schienenverbindung. Für den Landkreis hat sich die Aufgabe offenbar anders gestellt: Der Landrat hat von Anfang an nur die Absicht verfolgt, eine eigene Nebenbahn zu besitzen. Koste es, was es wolle - politisch und finanziell. Mit der nun erreichten Nebenbahnvariante sind wir Zahlmeister für eine höchstens drittklassige Lösung. Umso richtiger scheint im Nachhinein unsere Forderung, der Verband Region Stuttgart müsse die Trägerschaft für die Bahn übernehmen. Aber wir werden nicht locker lassen, wir werden weiterbohren und zwar mit Leidenschaft. Korntal ist auf Dauer vielleicht Endstation für den Landrat - aber nicht für die Strohgäubahn.

Die Wirtschaftskrise:

steht natürlich nicht im Haushaltsplan. Wenn sie planbar wäre, müssten wir keine **vorläufige Haushaltssperre** mitbeschließen.

Die Abhängigkeit unseres Haushalts von Gewerbe- und Einkommenssteuereinnahmen macht uns zum Spielball der Konjunktur. Im Moment lässt sich schwer voraussagen, wie die Entwicklung weitergehen wird. Umso schwieriger ist es im Moment, längerfristige Maßnahmen anzupacken. Wer kann heute sagen, ob morgen die Finanzierung noch sicher ist? Bis jetzt trifft es uns nicht allzu hart, Korntal-Münchingen ist breit aufgestellt, bei uns sind Gewerbebetriebe aus allen möglichen Branchen angesiedelt und die Einkommensstruktur ist sehr gut. Das ist aber noch kein Grund Entwarnung zu geben. Im Gegenteil müssen wir jetzt erst recht alles tun, um unnötige Ausgaben zu vermeiden. Heute rächt es sich, dass wir unsere Kommune nicht schon längst auf **Klimaschutz** zugunsten des städtischen Geldbeutels ausgerichtet haben. Viele Gemeinden sind uns da weit voraus. In Korntal-Münchingen wurden unsere Grünen Vorschläge regelmäßig in den Wind geschrieben. Gerade im Baubereich, bei der Sanierung der Schulen, beim Neubau von Kindergärten, der Sporthalle, dem Feuerwehrhaus, haben Folgekosten bei der Planung keine Rolle gespielt. Insbesondere Kosten für Wärme und Strom wurden nicht beachtet. Die fehlende Weitsicht bringt uns zusätzlich in eine schwierige Lage, in dem nicht nur Einnahmen weg brechen sondern auch Ausgaben steigen. Nachdem die Erkenntnis aber nun in Korntal-Münchingen angekommen ist, können wir nur hoffen, dass uns noch genug Zeit zum Reagieren bleibt.

Die Arbeit geht uns mit Sicherheit nicht aus: Einige sehr dicke Bretter haben wir Grünen allerhöchstens angebohrt.

Eins dieser Bretter ist der **Flächenschutz**. Immer mehr Fläche wird auch bei uns auf der Gemarkung versiegelt.

Mit einigen Bausteinen dieser Problematik werden wir uns noch dieses Jahr befassen. Dazu gehört die gesplittete Abwassergebühr, die dazu dienen soll, entsiegelte Flächen beim Abwasserpreis zu begünstigen. Ob wir Grünen eine solche gesplittete Abwassergebühr durchsetzen können ist offen.

Genauso offen ist die anstehende Diskussion um das Thema **Gartenstadt**. Wir sind unserem Bürgermeister sehr dankbar, dass er diese Debatte zu einem verbindlichen Ende führen will. Wie das Ende allerdings aussieht, wissen wir noch nicht. Wir hoffen aber, dass der Flächenschutz trotz oder vielmehr gerade bei der verstärkten Innenverdichtung einen großen Stellenwert bekommt. Denn es liegt heute in unserer Verantwortung das Stadtbild von morgen zu gestalten. Und da geht es nicht um schön oder weniger schön. Es geht um Lebensqualität, um das Erleben von Naturräumen nicht nur für unsere Kinder. Es geht auch um einen Standortfaktor für unseren Ort und es geht um Folgekosten für Infrastruktur. Es muss auch bei uns endlich ankommen, dass auch der Umweltschutz an sich, der Erhalt der Artenvielfalt, der Schutz unserer Böden, die Erhaltung der Luftqualität sowie CO₂ Reduktion und Klimaschutz eine Pflichtaufgabe für unsere Stadt ist. Wir sind Teil des Ganzen – das Prinzip der lokalen Agenda in der globalisierten Welt: Wir Grünen werden beständig weiterbohren!

Keine Mehrheit hat unser Antrag gefunden, Bauen im Außenbereich an die Bedingung zu knüpfen, dass alle Möglichkeiten der Innenverdichtung ausgeschöpft sind. Ebenfalls gescheitert sind wir mit der Forderung, neue Baugebiete ökologisch auszurichten. Allein die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vor Ausweisung eines neuen Baugebiets ist Konsens. Das ist uns nicht nur als Standortfaktor zu wenig, es ist auch zu wenig für den Umwelt- und Klimaschutz.

Leider wird das Umweltschutzressort der Stadt trotz erweitertem Aufgabenbereich personell nicht aufgestockt. Hier sind wir uns sicher, dass unser Antrag, den wir natürlich nächstes Jahr wieder stellen werden, bald auf offene Ohren stoßen wird. Gerade im Zusammenhang mit Baumaßnahmen und Baukontrolle ist es absolut notwendig die Anzahl an fachlich kompetenten MitarbeiterInnen zu erhöhen. Wie sonst will die Stadt ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden?

Ein weiteres dickes Brett ist die **Stärkung und Sicherung unserer lebendigen Ortszentren**. Wer Zentrumschutz will, darf nicht am Ortsrand große Märkte ansiedeln. Mit dieser Meinung haben wir im Gemeinderat und gegenüber der Verwaltung leider ein sogenanntes „Alleinstellungsmerkmal“. Abgesehen davon, dass Discounter Negativbeispiele für nachhaltiges Wirtschaften, soziale Verantwortung und Ressourcen schonendes Handeln sind, sorgen sie am Rand unserer Gemeinde für unverhältnismäßige Flächenversiegelung, für eine erhöhte Verkehrsbelastung und für das Ausbluten unserer Zentren. Das Thema Lidl am Bahnhof in Korntal ist offen. Zunächst werden wir erleben, was mit Münchingen und seinem neuen Lidl passiert. Wie dieses Konzept mit Straßenrückbau und Ortskernsanierung zusammengeht werden wir sehen. Wir Grünen haben da jedenfalls große Bedenken. Unsere Gewerbetreibenden, die sich mit ihrer angestammten Geschäftslage mitten im Ort arrangieren müssen, brauchen mehr Unterstützung. Sie können nicht einfach vergrößern, um attraktiv zu bleiben und sie haben nicht ebenerdig 100 bequeme Parkplätze anzubie-

ten. Eine Lösung der Problematik haben wir noch nicht gefunden – aber einen Discounter für jeden Ortsteil, den haben wir schon.

Zu guter Letzt müssen wir natürlich zugeben, dass wir Grünen auch ein bisschen Hilfe hatten. Dank guter Schraubzwingen und einer robusten Werkbank ist es neuerdings viel einfacher, die Bretter festzuhalten.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, auch wenn Sie vielleicht noch nie mit einer Schraubzwinde verglichen wurden: Ihr konsequentes Vorgehen und Ihr klar strukturiertes Handeln erleichtert uns die Arbeit ungemein. Sie packen die Dinge an und halten sie fest, bis sie fertig sind. Und natürlich hinkt der Vergleich, denn sie halten nicht nur fest sondern bringen sehr viele Dinge erst in Gang und helfen beim Bohren auch mal tüchtig mit. Dafür sind wir Ihnen sehr dankbar. Wir sind uns absolut sicher, dass unsere Stadt bei Ihnen in den besten Händen ist.

Unser Dank gilt auch dem Kämmerer Herrn Gerlach, der seine Zahlen nie aus den Augen verliert und immer den Überblick bewahrt. Auch und gerade in schwierigen Zeiten wird er uns vor Übermut schützen!

Außerordentlich bedauerlich finde ich, dass das die letzte Haushaltsberatung mit Ihnen, mit dem „alten“ Gemeinderat war. Liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich schätze die respektvolle sachliche und immer offene Art der Diskussion mit Ihnen sehr. Für das konstruktive Zusammenarbeiten bin ich besonders dankbar. Wir haben deshalb auch gemeinsam so viel erreicht. Ich wünsche mir und uns, dass wir diese gute Arbeitsatmosphäre in den neuen Gemeinderat mitnehmen und so weiterführen können. Vielen Dank.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Eva Mannhardt
Fraktionsvorsitzende

Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Haushalt 2009



Sehr geehrter Herr Dr. Wolf, liebe Kollegen, verehrte Zuhörer,

die Legislaturperiode geht zu Ende, die letzte Haushaltsplanverabschiedung des derzeitigen Gemeinderates steht an. Vermutlich handelt es sich sogar um die schwierigste Haushaltlage der vergangenen Jahre, denn die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung haben sich für das Jahr 2009 kontinuierlich verschlechtert.

Gegenwärtig schwanken die Prognosen zwischen einem moderaten Rückgang der Wirtschaftsleistung und einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise. Die **Finanzkrise** hat sich auf die real-wirtschaftliche Entwicklung niedergeschlagen. Im letzten Jahr haben sich unser Gewerbesteueraufkommen und der Einkommensteueranteil aber noch positiv entwickelt.

Für den Haushalt 2009 prognostizierten wir konservativ und sind von vorneherein von weniger Gewerbesteuereinnahmen ausgegangen. Die Befürchtungen der Kämmererei, dass Anträge zur Senkung der Vorauszahlungen eingehen werden, haben

sich leider bewahrheitet. Die Abschwächung der Konjunktur hat sich also innerhalb kurzer Zeit auf unseren kommunalen Haushalt ausgewirkt.

Dass es anderen Kommunen noch schlechter geht, kann für uns kein Trost sein. Zum Glück haben wir einen ausgewogenen Branchenmix, so dass die Gewerbesteuerereinnahmen keinen allzu großen Schwankungen unterliegen. Die Stadt Korntal-Münchingen muss weiterhin ein positives Klima für Gewerbe, Dienstleistungen, Handwerk und Industrie vermitteln. Betriebe sind ein wichtiger Bestandteil der örtlichen Gemeinschaft.

Wir werden uns weiterhin konsequent jeglichen Bestrebungen der Haushaltsaufbesserung und -sanierung durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer oder anderen Steuern widersetzen.

Die **Ansiedlung neuer Unternehmen** ist für uns die Quelle, mehr Gewerbesteuer in unseren städtischen Haushalt fließen zu lassen. Wirtschaftsförderung muss von der Verwaltung aktiv betrieben werden, wo möglich durch Fachleute mit Wirtschaftskompetenz und eventuell auch durch Kooperationen mit anderen Kommunen. Wir haben zu den Haushaltsberatungen einen Antrag gestellt unsere Gewerbesteuergüter besser zu vermarkten, da kam von der SPD keine Zustimmung, lieber Kollege Beck. Bei der Wirtschaftsförderung ist die Bestandspflege bestehender Betriebe ebenso wichtig wie das Bemühen, neue Betriebe anzusiedeln.

Speditions- und Logistikunternehmen werden von uns nicht von vorneherein ausgeschlossen.

In Zeiten der Wirtschaftskrise, in der wir uns befinden, dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, unsere Gewerbeflächen allein an produzierendes Gewerbe verkaufen zu können.

Gerade jetzt müssen wir erkennen, dass die Logistikbranche ein wichtiger Wachstumsmotor und Standortfaktor für unsere Wirtschaft ist und wesentlich zur Sicherung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor beiträgt.

Die Stadt Korntal- Münchingen liegt an einer wichtigen Entwicklungsachse der Region Stuttgart. Mit der direkten Anbindung an die BAB 81 ist unser Gewerbegebiet in Münchingen für die Ansiedlung von Speditions- und Logistikunternehmen geradezu prädestiniert. Nicht zu vernachlässigen ist, dass ein guter logistischer Unterbau der Abwanderung von Produktionsbetrieben aktiv entgegenwirkt.

Auch sollten wir unseren Spielraum zum **Abbau von Genehmigungshürden**, z. B. im Baurecht, nutzen. Die zeitnahe, positive Entscheidung über Anträge im Bau- und Gewerbebereich sind wesentliche kommunale Standortvorteile im Wettbewerb um Betriebe. Dabei sollten wir die Richtlinien für Vergaben von Bauleistungen derart ausnutzen, dass möglichst viele Vergaben an ortsansässige Betriebe erfolgen.

Es muss die Aufgabe des Gemeinderates sein, die Einnahmeseite des städtischen Haushaltes so zu stärken, dass die immer wieder erwähnte hochwertige Infrastruktur erhalten werden kann.

Zu dieser Infrastruktur gehört auch die Stärkung des örtlichen Einzelhandels. Nicht nur die Grundversorgung muss gewährleistet sein, ein gesunder Branchenmix ist zu erhalten und zu fördern.

Der vor einem Jahr eingerichtete runde Tisch, mit Bürgermeister, Gewerbe- und Handelsverein und dem Bund der Selbstständigen, hat sich etabliert und Treffen finden regelmäßig statt. Wir haben Ziele definiert und einen Arbeitsplan erstellt. Im Lau-

fe dieses Jahres werden die Ortseingänge neu gestaltet und der Bürgerbus nimmt nun endlich Fahrt auf.

Im Zuge der demographischen Entwicklung stehen die Kommunen immer mehr im **Wettbewerb um die Ansiedlung von jungen Familien**. Der Ausweisung von Baugebieten für den Wohnungsbau ist eine hohe Priorität einzuräumen. Auch wir favorisieren das Prinzip Innen- vor Außenentwicklung, nur gibt es im Innenbereich irgendwann kaum noch Entwicklungsmöglichkeiten und dann müssen wir auch im Außenbereich neue Gebiete erschließen.

Die Region Stuttgart hat uns im Regionalplan ausdrücklich darauf hingewiesen, wo es sinnvolle Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Das betrifft insbesondere den Stadtteil Korntal, denn hier ist seit langer Zeit kein Baugebiet mehr ausgewiesen worden. Der Gartenstadtcharakter kann dadurch sogar noch gestärkt werden, wenn der übergroße Druck in Richtung Nachverdichtung beseitigt wird.

Der Presse haben wir entnehmen können, dass die **Gartenstadt** wieder zum Wahlkampfthema der Grünen wird, auch den anderen Fraktionen und Parteien liegt unser Gartenstadtcharakter am Herzen. Wir sind ausdrücklich für den Erhalt der Gartenstadt. Deshalb haben wir mehrmals Anträge gestellt, Bebauungspläne aufzustellen, um diesen besonderen Charakter Korntals zu schützen. Beim Beschluss des letzten Bebauungsplans, wo es unter anderem um den Neubau in der Martin- Luther- Straße (neben der Kreissparkasse) ging, sind wir für eine maßvolle Nachverdichtung eingetreten. Da kam von grüner Seite keine Unterstützung. Anscheinend hört die Gartenstadt für die Grünen an der Friederichstraße auf.

Die für Neubaugebiete nötige Infrastruktur können wir bieten.

Wir haben in den letzten Jahren und werden auch in den kommenden Jahren viel Geld in den **Ausbau der Kinderbetreuungsangebote** investieren.

Nach der Erweiterung des Kindergartens in der Lessingstraße ist der Ausbau des Kindergartens in der Eisenbahnstraße in vollem Gange, und soll bis August 2009 fertig gestellt werden.

An diesem Standort wird auch eine Krippengruppe eingerichtet.

Die Realschule plant die Einrichtung einer **Ganztageschule** in offener Angebotsform. Offene Form bedeutet, das Angebot ist freiwillig. Zudem gibt es Essen an vier Tagen. Solange es die Kapazität zulässt, können Schüler der Teichwiesenschule das Essensangebot nutzen. Die Planungen für dieses Objekt sind abgeschlossen und die Ausschreibungen für die Bauleistungen sind erfolgt. Damit haben wir außerdem den Grundstein gelegt für einen weiteren Ausbau der Kleinkinderbetreuung, die in der Goerdelerstraße ab dem Jahr 2010 verwirklicht werden soll.

Wir sind stolz, in unserer Gemeinde Betreuungsangebote dieser Qualität vorhalten zu können. Familien und Alleinerziehende orientieren sich bei der Arbeitsplatzwahl zunehmend an qualifizierten Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.

Die Bereitstellung einer hochwertigen Kinderbetreuung ist zu einem wichtigen Standortkriterium von Kommunen geworden. Damit kann die Stadt Korntal- Münchingen ihren Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten, um zukunftsfähig zu bleiben. Es ist unsere Pflichtaufgabe, der gesetzlichen Vorgabe Rechnung zu tragen, den Anspruch auf einen Krippenplatz bis zum Jahr 2013 zu erfüllen.

Eine wichtige Ergänzung des Angebotes der Kommune sind die Tagesmütter. Sie sind flexibel und können oft Zeiträume abdecken, die institutionelle Einrichtungen nicht abdecken. Die Familien haben zu dem, eine echte Wahlfreiheit, wo und wie sie ihre Kinder betreuen lassen. Es ist darauf zu achten, dass die städtischen Angebote die Tagesmütter nicht unter Druck setzen.

Mit der flächendeckenden Umsetzung des Orientierungsplans in den Kindergärten stehen die Kommunen und die Kindertageseinrichtungen vor besonderen Herausforderungen. Die neuen Aufgaben hierfür sind vielschichtig, vom Land vor gegeben aber zum großen Teil von der Stadt finanziert. Der Ausbau der Ganztagesbetreuung bleibt ein Schwerpunkt für unsere Stadt und für die Schulen.

Grundsätzlich müssen wir für die Kinderbetreuung Elternbeiträge erheben, dabei müssen diese sozial gerecht sein.

Der derzeitige Modus fand und findet nicht unsere Zustimmung. Sachgerecht und unbürokratisch wäre es, einen einheitlichen Elternbeitrag zu verlangen, getreu dem Motto gleiche Leistung, gleiches Entgelt. Selbstverständlich müssen soziale Härtefälle berücksichtigt werden, diese Möglichkeit bietet sich für die Inhaber des Familienpasses und Geringverdiener. Aber die zunehmende Differenzierung nach dem Einkommen halten wir für ungerecht, weil so doppelt abkassiert wird! Über die Elternbeiträge werden ca. 20% der Kosten eines Betreuungsplatzes gedeckt, der Rest wird über Steuern finanziert. Diese Steuern zahlen aber gerade auch diejenigen Familien, von denen die höchsten Elternbeiträge verlangt werden.

Viel Geld haben wir in die Sanierung der **Teichwiesenschule** gesteckt, dies waren dringend notwendige Investitionen, denn lange Zeit wurde dort nichts gerichtet. Im Zuge der Sanierung haben wir auf Energieeinsparungen Wert gelegt, um dem Umweltschutz Rechnung zu tragen und mittel- und langfristig Geld zu sparen. Die explodierenden Energiepreise spürt jeder. Immer deutlicher wird, wie stark unser Wohlstand und unsere Lebensweise von ausreichend verfügbarer und bezahlbarer Energie abhängig sind. Dies belastet auch unseren kommunalen Haushalt; Schulen, Sport- und Stadthallen, öffentliche Einrichtungen werden von vielen Menschen genutzt. Energiesparende Konzepte sind hier um ein vielfaches schwerer durchzusetzen, weil Ursache und Wirkung, im Vergleich zu Privathaushalten, nicht unmittelbar die gleichen Personen betreffen.

Jedoch haben wir in unseren öffentlichen Gebäuden noch erhebliche Potenziale zur **Energieeinsparung**. Mit Photovoltaik-Anlagen setzen wir auf den Ausbau der regenerativen Energien. Große Hoffnung haben wir, wenn dieses Jahr feststeht, welche Dächer öffentlicher Gebäude für Solaranlagen genutzt werden können, dass die Stadt diese Dächer den Bürgern zur Verfügung stellt, damit zeitnah möglichst viele Photovoltaik- Anlagen errichtet werden können.

Zusätzlichen Aufwand müssen wir betreiben, auf Grund der Tatsache, dass es **Brandschutzbestimmungen** einzuhalten gilt. Zig Tausend Euro sind in die Schulen, einschließlich der Musikschule, zu investieren. Wir können nicht sagen, dass es uns leicht gefallen ist, dieser Kostenexplosion zu zustimmen, aber hier geht es um die Sicherheit unserer Kinder, da wollen und können wir keine Abstriche machen, die Verantwortung, die wir tragen, ist zu groß.

Brandschutzbestimmungen und Feuerschutzmaßnahmen nehmen einen immer größeren Umfang ein. So mussten wir im letzten Jahr erneut, den **Feuerwehrbedarfsplan** verabschieden. Der Bedarf der Fahrzeuge und der Ausrüstung sind differenziert

aufgeführt worden. Die Beschaffung eines neuen Löschfahrzeuges steht in den nächsten Jahren an, das alte Fahrzeug der Abteilung Münchingen wird dann in Korntal zum Einsatz kommen. Außerdem werden Schutzanzüge für Chemieunfälle beschafft. Unsere Feuerwehr ist dann für Einsätze jeder Art gut gerüstet.

Die unendliche Geschichte, die **Strohgäubahn**. Kaum ein Thema hat uns so viele Jahre beschäftigt, wie unser heiliges Bähnle. Es besteht und bestand für uns zu keine Zeit ein Zweifel am Fortbestand der Bahn, nur zu welchem Preis?

Der prozentuale Anteil der Stadt Korntal- Münchingen ist, dank Ihres Verhandlungsgeschicks, Herr Dr. Wolf, von 40% auf 33,6 % gesunken.

Das ist leider nur ein Teilerfolg. Über den nächsten Schritt werden wir im Anschluss an unsere Stellungnahmen zum Haushalt abschließend beraten und Beschluss fassen. Dabei hat der Verkehr über die Schiene für uns hohe Priorität.

Zu den vergangen Haushaltsberatungen haben wir die Verwaltung beauftragt, die Lärmsituation entlang der Bahngleise in Korntal- Münchingen untersuchen zu lassen. Das Ergebnis soll uns Auskunft darüber geben, wie hoch die tatsächliche Lärmbelastung der Bürger zu den verschiedenen Tageszeiten durch den Zugverkehr ist. Außerdem soll die Verwaltung auf die Deutsche Bahn zugehen, damit geeignete Maßnahmen ergriffen werden können, die tatsächliche Lärmbelastung zu verringern, soweit sie über der zulässigen Lärmbelastung liegt. Über diesen Erfolg für die Bürger freuen wir uns.

Auf einen Antrag, die Spielplatzsituation zu verbessern, haben wir in diesem Jahr verzichtet. Wir freuen uns aber, dass auch die Kollegen der SPD- Fraktion erkannt haben, dass hier Handlungsbedarf besteht. Von uns kamen immer wieder Anfragen und die Beauftragung der Verwaltung, sich der Sache anzunehmen.

Wir erwarten mit Spannung den **Spielflächenleitplan**.

Neben den Pflichtaufgaben, die wir zu erfüllen haben, bieten wir unsern Bürgern einen hohen Standard an **Freiwilligkeitsleistungen**.

Bei den diesjährigen Haushaltsberatungen mussten keine Einsparungen vorgenommen werden, wir hoffen, dass das auch in Zukunft so bleiben kann.

Zwei Büchereien, Sporthallen und Sportplätze, um nur einiges zu nennen, müssen unterhalten werden. Wir leisten uns eine Musikschule, die über die Grenzen Korntal- Münchingens hinaus bekannt ist. Das Konzert, vor zwei Wochen zu Gunsten unserer **Bürgerstiftung**, hat das eindrucksvoll bewiesen. Die Musikschule, Chöre und Orchester, haben ohne Gage gespielt, um der Stiftung Geld zukommen zu lassen. Der Grundstock wurde bereits mit der Zustiftung durch die Stadt gelegt. Jetzt ist die Bürgerschaft aufgerufen, Geld zu stiften, damit von den Erträgen, gemeinnützige oder soziale Projekte unterstützt werden können. Mit unserem städtischen Haushalt hat die Bürgerstiftung nichts zu tun.

Wir geben Zuschüsse an Vereine, jedoch ist das nicht ausreichend, wären da nicht die vielen freiwilligen Helfer, die sich ehrenamtlich engagieren.

Laut Statistik, ist Baden- Württemberg, das Bundesland mit der höchsten Zahl ehrenamtlich Tätiger Menschen. Das spüren wir auch hier in unserer Gemeinde. In Korntal- Münchingen leisten dies Tag für Tag viele **Ehrenamtliche** in den verschiedensten Bereichen, mit Kindern und Senioren. Im Stadtteil Münchingen befindet sich der Förderkreis Spitalhof in Gründung, der für die Bewohner des Pflegeheims und

des betreuten Wohnen Angebote und Ausflüge ermöglichen möchte, die über die Leistungen der Pflegeversicherung und auch der Pflegekräfte hinaus gehen. Der Gemeinderat hat vor einigen Monaten beschlossen, dieses ehrenamtliche Engagement mit der Verleihung der Ehrenamtsnadel zu würdigen. Wir möchten uns auf diese Weise für das Geleistete bedanken und anspornen, die Gemeinschaft weiter zu unterstützen.

Es liegen anstrengende und aufregende Wochen vor uns, wir wünschen uns einen fairen und sachlichen Wahlkampf.

Den Kollegen hier im Gremium, vielen Dank für gute Zusammenarbeit.

Herzlichen Dank an Sie Herr Gerlach und an Ihren Stellvertreter Herrn Leonhardt, für die Zusammenstellung der umfangreichen Planwerke, es war für Sie in diesem Jahr eine besondere Herausforderung den Haushaltsplan aufzustellen.

Unser Dank gilt insbesondere Ihnen, Herr Dr. Wolf, für die überaus konstruktive und kollegiale Zusammenarbeit.

Wir stimmen dem Haushaltsplan für das Jahr 2009 und den dazugehörigen Planwerken zu.

Für die Fraktion der FDP

Viola Noack

Fraktionsvorsitzende

Corporate Design der Stadt Korntal-Münchingen Grundsatzentscheidung für ein Logo / eine Wort-/Bildmarke

In der Vorberatung hat der Ausschuss für Wirtschaftsförderung diesen Tagesordnungspunkt für eine weitere Vorberatung in seine nächste nichtöffentliche Sitzung verlagert. Die Angelegenheit wurde daher von der Tagesordnung des Gemeinderates abgesetzt.

Erhalt und Zukunft der Strohäubahn - Investitionsvertrag

Mit großer Mehrheit bei sechs Nein-Stimmen hat der Gemeinderat grundsätzlich dem Investitionsvertrag zur Sicherung der Investitionen der Strohäubahn auf dem Abschnitt Heimerdingen – Korntal zugestimmt und den Bürgermeister zum Vertragsabschluss ermächtigt. Eine Zustimmung, der ein langwieriger und schwieriger Entscheidungsprozess vorausgegangen war – mit einem aus Korntal-Münchinger Sicht nicht optimalen Ergebnis. Eine Durchbindung nach Feuerbach wird, nach den vorliegenden Fakten aus der vom Land beauftragten standardisierten Untersuchung des betroffenen Streckenabschnittes, wegen Unwirtschaftlichkeit nicht aufrecht erhalten werden. Dies war jedoch für Korntal-Münchingen ein entscheidendes Kriterium für ein zukunftsfähiges „Bähnle“ mit Entwicklungsperspektiven. Dass nun die Landeszuschüsse entfallen und damit der Verband Region Stuttgart den Streckenabschnitt bis Feuerbach nicht in seine Verantwortung übernimmt, lässt nicht nur für die Korntal-Münchinger Nutzer der Bahn Qualitätseinbußen befürchten, die im Verhältnis zu dem von Korntal-Münchingen zu leistenden hohen Betriebs- und Investitionskostenanteil von jährlich ca. 460.000 Euro für die Strohäubahn mit Blick auf den städtischen

Haushalt eigentlich nicht zu akzeptieren sind. Kritikpunkt im Gemeinderat war vor allem die Tatsache, dass – vor dem Hintergrund des beim Innenministerium Ausschlag gebenden Arguments der rein wirtschaftlichen Verantwortbarkeit – eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Alternativvariante Hemmingen – Korntal nie erfolgt ist, obwohl hier augenscheinlich deutliche ökonomische Vorteile gegenüber der nun priorisierten „Stammstrecke“ Heimerdingen – Korntal erwartet werden könnten.

Dieses Dilemma – Ja zur Strohgäubahn aber auch zu jedem Preis? – prägte die Diskussion des Gemeinderates, und die Fraktionen im Gemeinderat haben sich ihre Zustimmung vor diesem Hintergrund nicht leicht gemacht – vor allem in dem Wissen, dass ohne eine Korntal-Münchinger Zustimmung die Strohgäubahn nicht weiter fahren würde.

Bürgermeister Dr. Wolf sprach sich am Ende trotz der hohen finanziellen Belastung und dem Verzicht auf den Streckenabschnitt Korntal – Feuerbach für ein eindeutiges Bekenntnis zur Strohgäubahn aus, um die Zukunft der Bahn durch ein Korntal-Münchinger „Nein“ zum Investitionsvertrag nicht grundsätzlich zu gefährden und die Optionen für einen doch noch über die Stammstrecken hinaus weiterführenden Betrieb möglichst offen zu halten. Diese erneute Überprüfung wurde vom Innenministerium, vom Verband Region Stuttgart und von Landrat Dr. Haas nachdrücklich zugesagt.

Im nun beschlossenen Investitionsvertrag wird von einer Förderzusage des Landes als Voraussetzung der Maßnahme in voraussichtlicher Höhe von 75% der förderfähigen Kosten ausgegangen. Die nicht durch Landeszuschüsse gedeckten Kosten werden entsprechend der derzeitigen Beschlusslage zu 50% vom Landkreis Ludwigsburg und zu 50% von den beteiligten Gemeinden getragen, wobei sich der Anteil der Stadt Korntal-Münchingen auf 33,6% beläuft. Die von den Kommunen geforderte zusätzliche Anschubfinanzierung durch den Landkreis Ludwigsburg in Höhe von mindestens 2 Mio. Euro wurde vom Kreistag bereits im Dezember 2008 beschlossen.

Sollten wider Erwarten die Landeszuschüsse nicht in der erwarteten Höhe von rund 75% gewährt werden, entfällt die Geschäftsgrundlage für den Investitionsvertrag.

Der Landkreis und die beteiligten Kommunen sind sich über die Gründung eines Zweckverbandes zur Übernahme der Strecke der Strohgäubahn und zum künftigen Betrieb weitgehend einig. Die Gründung des Zweckverbandes soll bis zur Jahresmitte erfolgen.

Abgelehnt wurde ein Antrag von Stadtrat Frank Gehring (Freie Wähler), den Tagesordnungspunkt zu vertagen und den Streckenabschnitt Hemmingen-Feuerbach als weitere Alternative wirtschaftlich bewerten zu lassen und mit der sogenannten NE-Variante, d.h. dem Streckenabschnitt Heimerdingen-Korntal, zu vergleichen.

Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag der SPD-Fraktion, den Investitionsvertrag nur unter der Bedingung zu unterzeichnen, dass die Strecke Hemmingen-Korntal als denkbare Variante einer Streckenführung untersucht wird und die Ergebnisse der Prüfung dieser Variante und deren finanzielle Auswirkungen der Variante Korntal-Heimerdingen gegenüber gestellt werden. Hier sei laut Antrag zu fordern, dass das dem Vertrag zu Grunde gelegte Modell Korntal-Heimerdingen sich als vorzugswürdig und wirtschaftlich günstiger darstellt.

Neufassung der Kindergartenordnung und Festsetzung der Elternbeiträge

Ausgehend von einer aktuellen Empfehlung der Spitzenverbände, d.h. Gemeindefrat und Landeskirchen, haben sich neue Erkenntnisse ergeben, die eine Überarbeitung der Beratungsunterlage erfordern. Der Tagesordnungspunkt wurde daher von der Tagesordnung abgesetzt.

Bürgerstiftung Korntal-Münchingen - Bildung eines Stiftungsrates

Der Gemeinderat hat einstimmig folgende seiner Mitglieder in den Stiftungsrat für die Bürgerstiftung Korntal-Münchingen entsandt:
für die Fraktion der CDU Stadträtin Marianne Stellmacher und Stadtrat Martin Hönes,
für die Fraktion der SPD Stadträtin Annemarie Frohnmaier, für die Fraktion der Freien Wähler Stadtrat Frank Gehring, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadträtin Eva Mannhardt und für die Fraktion der FDP Stadträtin Viola Noack.

Erlass der Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in Korntal-Münchingen für das Jahr 2009

Bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung hat der Gemeinderat die Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtteil Korntal am 14. Juni 2009 (Korntaler Stadtfest) und 13. Oktober 2009 (Kunsthandwerkermarkt) und im Stadtteil Münchingen am 17. Mai 2009 (Hoba-Fest) beschlossen.

Brandschutztechnische Sanierung der Musikschule/Volkshochschule im Stadtteil Korntal - Vergabe von Lieferungen und Leistungen

Der Gemeinderat hat einstimmig die Vergabe folgender Lieferungen und Leistungen beschlossen:

Die Ausführung der Rohbauarbeiten wird zum Angebotspreis in Höhe von 24.794,28 EUR (inkl. MwSt.) an die Firma Oberfell GmbH in Korntal-Münchingen vergeben.

Die Ausführung der Putz- und Trockenbauarbeiten wird zum Angebotspreis in Höhe von 29.829,37 EUR (inkl. MwSt.) an die Firma Ullrich & Schön in Fellbach vergeben.

Die Ausführung der Malerarbeiten wird zum Angebotspreis in Höhe von 14.809,73 EUR (inkl. MwSt.) an die Firma Herbert Koch Malerfachbetrieb in Korntal-Münchingen vergeben.

Die Ausführung der Elektroinstallationsarbeiten wird zum Angebotspreis in Höhe von 189.270,14 EUR (inkl. MwSt.) an die Firma Knapp GmbH in Leonberg vergeben.

Die Ausführung der SiGe-Koordination wird an das RF Bau-Projektmanagement Peter Rieger & Oliver Faas, 71272 Renningen, vergeben.

Die Verwaltung wurde ermächtigt, die ergänzenden Anpassungs- und Kleinarbeiten (z. B. Schreiner-, Schlosser- und Bodenbelagsarbeiten) bis zur Höhe von insgesamt 15.000,00 EUR zu vergeben.

Hofstattstraße, Fahrbahnerneuerung und Wasserleitungsauswechslung - Baubeschluss

Die Hofstattstraße ist in einem sehr schlechten Zustand und weist starke Fahrbahnebenheiten und Belagsausbrüche auf. Der Fahrbahnbereich soll im Vollausbau erneuert werden. Die Hauptwasserleitung, die im Jahr 1909 verlegt wurde, wird aufgrund ihres Alters im Zuge der Straßenbauarbeiten ebenfalls ausgewechselt und die Wasserhausanschlüsse erneuert.

Der Gemeinderat hat der Kostenermittlung mit Kosten in Höhe von 145.000 Euro für den Straßenbau und Kosten in Höhe von 105.000 Euro für die Erneuerung der Hauptwasserleitung in der Hofstattstraße einstimmig zugestimmt und den Baubeschluss für die Erneuerung der Fahrbahn in der Hofstattstraße, zwischen der Stuttgarter Straße und der Stiegelstraße, sowie für die Erneuerung der Wasserleitung, gefasst.

Erweiterung der Realschule mit Räumen für die Ganztages-, Kernzeit- und Hortbetreuung - Vergabe von Lieferungen und Leistungen

Der Gemeinderat hat einstimmig die Vergabe folgender Lieferungen und Leistungen beschlossen:

Die Ausführung der Abbrucharbeiten wird zum Angebotspreis von 40.317,38 EUR (inkl. MwSt.) an die Firma Karl Stein und Söhne GmbH & Co KG, 71691 Freiberg, vergeben.

Die Ausführung der Rohbauarbeiten wird zum Angebotspreis von 466.910,73 EUR (inkl. MwSt.) an die Firma Projektbau Stuba GmbH & Co. KG, 89520 Heidenheim, vergeben.